

AG Friedliche Schule und Hochschule, ver.di und GEW Bayern, Vernetzungstreffen in Ingolstadt 9.4.2016

**Zur Ablehnung einer Zivilklausel durch die Universitätsleitung Augsburg. Über den Stand des Innovationsparks (Rüstungsparks) bei der Universität Augsburg und die Möglichkeiten einer kommunalen Zivilklausel. Von einem wenig beachteten Militärforschungsprojekt zum „Soldatentod“ am Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg.**

Überarbeitetes Vortragsmanuskript (nur teilweise gehalten)

Peter Feininger, Redaktion Forum solidarisches und friedliches Augsburg [www.forumaugsburg.de](http://www.forumaugsburg.de)

Rückmeldungen gerne an [p.feininger@forumaugsburg.de](mailto:p.feininger@forumaugsburg.de)

Zur Ablehnung einer Zivilklausel durch die Universitätsleitung Augsburg.....	1
Über den Stand des Innovationsparks (Rüstungsparks) bei der Universität Augsburg und die Möglichkeiten einer kommunalen Zivilklausel.....	13
Von einem wenig beachteten Militärforschungsprojekt zum „Soldatentod“ am Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg.....	22
Anhänge.....	33
Offener Brief an die Universitätsleitung.....	33
Beschluss der Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Augsburg vom 10. März 2015.....	34
Aus dem Debattenpapier des IG Metall-Bundesvorstands zum Gewerkschaftstag 2015.....	36

## Zur Ablehnung einer Zivilklausel durch die Universitätsleitung Augsburg

Nach fünf Jahren politischem Einsatz und Vorbereitung einer Zivilklausel durch pazifistische Studenten an der Universität Augsburg kommt es am 16. Dezember 2015 endlich zu einer Entscheidung der Erweiterten Universitätsleitung (EULe).

Der Antrag des studentischen Vertreters in der EULe für die Initiative friedliche Universität Augsburg und den AStA der Universität Augsburg lautet:<sup>1</sup>

Die Erweiterte Universitätsleitung möge sich für die Verankerung eines zusätzlichen Paragraphen in der Grundordnung der Universität Augsburg in folgendem Wortlaut aussprechen:

„Zivil- und Transparenzklausel

1. Die Universität Augsburg ist eine Universität, an der Lehre, Forschung und Studium ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen.
2. Unter besonderer Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber\*in, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen nach Drittmittelgeber\*in, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben. ...

In einem klugen Antrag verlangen die Studenten *gleichzeitig* eine Transparenzklausel, ausgehend davon, dass vor allem Rüstungsprojekte bzw. militärische Forschung geheim ablaufen. Es geht ihnen aber auch um generelle Transparenz beim Einsatz von Drittmitteln. Die Studenten der Universität Augsburg wollen vornehmlich Aufklärung und Verhinderung von „wehrtechnisch relevanter Forschung“. Es sei aber angemerkt, dass die Gefahr nicht nur von den technischen Disziplinen her droht, sondern auch von sozialwissenschaftlicher und geisteswissenschaftlicher Seite. Es ist schon makaber, aber leider wahr, dass ausgerechnet vom Lehrstuhl Friedens- und Konfliktforschung zur Zeit vielleicht die größte Gefahr ausgeht. Das Forschungsprojekt „Eine Rekonstruktion der Rechtfertigung des Soldatentods und deren Auswirkungen auf die Beziehungen von

<sup>1</sup> Der gesamte Antrag einschließlich Begründung findet sich zum Beispiel hier: [http://forumaugsburg.de/s\\_6kultur/Wissenschaft/151214\\_antrag-zivil-u-transparenzklausel-EULe/index.html](http://forumaugsburg.de/s_6kultur/Wissenschaft/151214_antrag-zivil-u-transparenzklausel-EULe/index.html)

Parlament, Regierung und Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland“ läuft hier schon seit Jahren und kann als Militärforschung betrachtet werden.

Nun hat die Erweiterte Universitätsleitung den Antrag auf Einführung einer Zivil- und Transparenzklausel schroff abgelehnt. Das Ergebnis ist niederschmetternd: Gegen zwei Ja-Stimmen standen 18 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen. Zu vermuten ist, dass die 16 Nein-Stimmen allesamt von den Professoren stammen, die zwei Ja-Stimmen von den beiden Studierenden, die in der erweiterten Universitätsleitung – sprich EULe – vertreten sind und die zwei Enthaltungen von dem beiden Vertretern des Mittelbaus und der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Die Antragsteller durften nicht einmal für die Begründung des Antrags ihre Sachverständigen sprechen lassen. Sie wurden von der Uni-Präsidentin Prof. Dr. Sabine Doering-Manteuffel kurzfristig eingeladen.<sup>2</sup> Das dürfte seinen Grund darin haben, dass die Vertreter des AK Zivilklausel *nicht* an die satzungsgemäße Schweigepflicht gebunden gewesen wären, der die ordentlichen Mitglieder der EULe unterworfen sind. Damit hat die Gefahr bestanden, dass über das Abstimmungsverhalten und die Diskussion in der EULe etwas nach außen dringt. Alle Professoren treffen sich direkt vor jeder Sitzung der EULe in einem inoffiziellen sog. „Consilium decanale“.

Verschiedene Dekane, mit denen Vertreter der Initiative im Vorfeld Gespräche führen wollten, mauerten und vertrösteten auf die Sitzung, auf der die Vertreter der Initiative dann nicht zugelassen wurden. Auch die medienwirksame Übergabe eines offenen Briefes an die Universitätspräsidentin scheiterte, weil die Präsidentin



**Foto vom 18. Januar gegenüber der Mensa der Universität Augsburg, wo praktisch alle Studenten vorbeikommen. Die Ablehnung einer Zivilklausel durch die Universitätsleitung datiert vom 16. Dezember. Inzwischen ist die Wand wieder sauber.**

in der Woche vor der Abstimmung nicht mehr zu sprechen war. Der offene Brief (s. *Anhang: Offener Brief an die Universitätsleitung*) enthielt den zu stellenden Antrag an die erweiterte Universitätsleitung (EULe) mit einer kurzen Begründung, in der es unter anderem heißt: „In Anbetracht der zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit, der aktuellen Flüchtlingskrise, sowie der Bedeutung der deutschen (10 %

<sup>2</sup> PM friedliche Uni Augsburg, 16.12.2015

weltweit) und insbesondere bayerischen (4 % weltweit) Waffenexporte, halten wir die Bestätigung ethischer Positionen der Wissenschaft gerade jetzt für unentbehrlich.“ Insgesamt 50 Initiativen und 681 Studierende sollen den Offenen Brief unterschrieben haben. Darunter auch: Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), Ver.di, Jungsozialisten in der SPD (JUSOS), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Linksjugend [‘solid], DIE LINKE, StuRa Phil.-Soz. der Uni Augsburg, StuRa Phil.-Hist. der Uni Augsburg, Fachschaft Sozialwissenschaften der Uni Augsburg, Fachschaft Romanistik der Uni Augsburg.

Weder mit der Begründung für den Antrag der Zivil- und Transparenzklausel noch mit der Begründung für die Ablehnung musste die Erweiterte Universitätsleitung unter der Führung der Präsidentin sich viel Mühe geben. Es wurde die argumentative Allzweckwaffe eingesetzt, das Standard-Argument, dass „Aufgabe und Folge der Hochschulautonomie für die Hochschulen darin bestünden, die Freiheit von Forschung und Lehre zu sichern. Die Fragen nach den Grenzen dessen, was Wissenschaftsfreiheit ist, habe Verfassungsrang und obliege dem Gesetzgeber.“<sup>3</sup> Im Übrigen gelte für Wissenschaftler die Formel „Scientia et Conscientia“ (Wissen und Gewissen), die in der Grundordnung der Universität verankert sei.



„Hans Jakob Fugger - Beförderer der Wissenschaft“. Aufstellung des Musikzuges neben dem Fugger-Denkmal für das Gelöbnis in Augsburg am 15.2.2011

Nach dem Motto »Schön, dass wir mal darüber geredet haben« lobten und trösteten Hochschulleitung und Vertreter der Fakultäten ihre Studierenden für ihre Niederlage damit, „dass ihre Initiative zu intensiven Diskussionen auf allen Ebenen der Universität geführt“ und „Problembewusstsein und Selbstvergewisserung

<sup>3</sup> UPD 205/15 - 17.12.2015



Öffentliches Rekrutengelöbnis der Bundeswehr auf dem Augsburger Rathausplatz, 15.12.2011. Das Gelöbnis ging auf die Initiative des Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU zurück, dessen örtlicher Vorsitzender ausgerechnet ein Augsburger Gymnasiallehrer ist. Neben der militärischen Ansprache übernahm die politische Rede Christian Schmidt, Vorsitzender des ASP, der aus dem berüchtigten wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU hervorging. Christian Schmidt war damals langjähriger parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. Johannes Hintersberger als Vorsitzender des Arbeitskreises Wehrpolitik der CSU-Landtagsfraktion und Augsburger Stadtrat hat das Gelöbnis sicher auch mit eingefädelt.

bewirkt“ habe. Und Vizepräsident Prof. Dr. Werner Schneider macht auf Optimismus: „Wir sind der Meinung, dass man auf die Verantwortung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst sowie – wenn dies in einem konkreten Fall geboten sein sollte – auf den Dialog mit diesen setzen sollte.“<sup>4</sup> Es ist schon zynisch, dass dieser Professor Schneider den Schwerpunkt Diskursforschung hat, die sich auf Foucault beruft.

Hinzu kommt die Demütigung des des AStA durch den RCDS. Dieser hatte den AStA aufgefordert, die Unterzeichnung des offenen Briefes zu widerrufen und dazu öffentlich Stellung zu nehmen. Da die



Meinungsbildung im Konvent zum Themenkomplex „Ethik & Moral in der Wissenschaft“ noch nicht abgeschlossen sei und noch kein Beschluss vorliege, habe der AStA mit der Unterstützung des offenen Briefes seine Befugnisse überschritten.<sup>5</sup>

Warum sich die Studenten, die für eine Zivilklausel an der Universität eintreten, nicht für das Forschungsprojekt zum Soldatentod interessieren, ist unerfindlich. Sie weichen dem Thema ebenso wie die

Augsburger Friedensinitiative seit Jahren aus. Die Studenten des Zivilklausel Arbeitskreises sind stolz auf das Presseecho, dass sie im Vorfeld erreicht haben durch die Ankündigung der Antragstellung. Sie schreiben, sie hätten damit das Thema „vor Ort Verantwortung für Frieden zu übernehmen“ in die Öffentlichkeit und in das Bewusstsein vieler Hochschulangehöriger getragen. Aber mal ehrlich: wenn Sie das Forschungsprojekt zum Soldatentod im Vorfeld mit thematisiert und angegriffen hätten, hätten sie eine gute Chance gehabt auch dies in die Medien zu bringen. Diese Chance haben sie vergeben. Ob dies auch daran liegt, dass der Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung unter Kritik gekommen wäre und dies von bestimmter, oft grüner Seite vermieden wird, um das Zusammenspiel, das hinter den Kulissen nach unserem Dafürhalten läuft, nicht zu gefährden?

Die Machtverhältnisse bei der Abstimmung waren von vornherein klar, denn die liegt beim Universitätsrat. In ihm sitzen z. Z. Vertreter von international agierenden Großkonzernen wie UPM Kymene/Haindl und SGL Carbon. Die SGL Carbon SE mit Hauptsitz in Wiesbaden und einer großen Produktion in Meitingen nördlich von Augsburg war über die Vorgängerfirma schon an der Naziproduktion der V2 beteiligt. Über die US-Tochter Hitco gelang SGL Carbon der Einstieg in das lukrative US-Rüstungsgeschäft. Der Chef dieses kalifornischen Rüstungszulieferers Hitco Carbon Composites Paul Pendorf wurde zitiert mit der Aussage: „1991 bekamen wir

<sup>4</sup> Ebd

<sup>5</sup> Stellungnahme des AStA zur Zivilklausel

Dem Antrag des RCDS und nah.gedacht vom 6.12.2015 an den studentischen Konvent folgend dürfen wir mitteilen, dass sich der studentische Konvent in der Legislaturperiode 2015/2016 noch nicht abschließend zum Themenkomplex "Ethik & Moral in der Wissenschaft" beraten hat. Als grundsätzlich nur ausführendes Organ (rechtliche Grundlage: GO Allgemeiner Studierendenausschuss § 1, Abs. 1; GO Uni Augsburg § 7 Abs. 5 S. 2) darf der Allgemeine Studierendenausschuss nur „in eigener Zuständigkeit laufende Angelegenheiten der Studierenden“ (§ 17 Abs. 5 S. 3 GO) erledigen und „zur Information, Meinungsbildung und Aktivierung der Studierenden beitragen“ (§ 17 Abs. 5 S. 3 GO). Diese Befugnis hat der AStA mit der Unterstützung des offenen Briefes vom 01.12.2015 nach Auffassung des RCDS/nah.gedacht überschritten, da er durch keinen Beschluss des diesjährigen Konvents legitimiert war. Somit soll der AStA aufgefordert werden, die Unterzeichnung zu widerrufen und dazu öffentlich Stellung zu nehmen. Dem ist hiermit nachgekommen.



ein Problem: Der Frieden brach aus.“<sup>6</sup> Doch der 11. September habe alles verändert. Nach dem Einstieg von SGL Carbon bei Hitco klagte ein Geschäftsführer von SGL:

„Jetzt ist hier die Geheimhaltung so groß, dass ich selbst nicht mehr einfach die Firma besuchen kann“, sagt Jan Verdenhalven. Er ist Geschäftsführer der SGL-Sparte SGL Technologies, zu der Hitco gehört. Außerdem sitzt er bei den Kaliforniern im Aufsichtsrat. Einen Besuch im Werk muss Verdenhalven mindestens zwei Wochen vorher schriftlich beantragen. Und selbst dann gibt es noch Bereiche, die für ihn und SGL-Konzernchef Robert Koehler verschlossen bleiben. Die Eigentümer dürfen manche Mitarbeiter aus bestimmten Abteilungen sogar noch nicht einmal danach fragen, woran sie gerade arbeiten.

„Das ist einer der Gründe, warum sich viele Unternehmen aus dem Ausland so schwer tun“, sagt Pendorf. Die Konzernleitung muss in das Management vor Ort quasi blind vertrauen und manchmal Geschäfte machen, ohne zu wissen, worum es im Detail geht.<sup>7</sup>

Ich zitiere diese Äußerungen deshalb, weil sie sehr aufschlussreich sind, welcher eisernen Front die Studenten zum Beispiel an der Universität Augsburg gegenüberstehen, wenn sie Transparenz und eine Zivilklausel verlangen.

Der andere Konzernvertreter im Universitätsrat ist zur Zeit ein Manager von UPM Kymene, einer der weltweit führenden Forst und Papierkonzerne (Finnland). Der Bezug zu Augsburg ist die Papierfabrik Haindl, die UPM Kymene 2001 für 8 Milliarden D-Mark von der Familie Haindl übernahm. Haindl zählt zu den reichsten Milliardärsfamilien Deutschlands und war maßgeblich an der Gründung der Universität Augsburg beteiligt. So tagten die „Freunde der Universität Augsburg“, die die Geschicke von Anfang an lenkten, zum Beispiel in der Villa Haindl.

Die Universitätspräsidentin und die Riege der Vizepräsidenten dürfen am Universitätsrat teilnehmen, aber haben kein Stimmrecht! Über eine Änderung der Grundordnung der Universität hätte dieser Universitätsrat zu entscheiden. D. h. in vorauseilendem Gehorsam hat die Universitätsleitung den Antrag auf eine Zivilklausel abgelehnt, ihre Entscheidung aber geheim gehalten. Das tatsächlich entscheidende Gremium, der Universitätsrat, blieb völlig aus der Schusslinie.

Der Universitäts-Sprecher Michael Hallermayer spricht eine klare Sprache: „Forschungsergebnisse im Bereich des Leichtbaus könnten beispielsweise im zivilen Kontext entwickelt worden sein, aber dann auch für Kampfflugzeuge genutzt werden.“<sup>8</sup> Aus diesem Grund sei eine „rechtsverbindliche und klar definierte Umsetzung“<sup>9</sup> der Zivilklausel nicht möglich.

Richtig an dem Argument ist, dass die Zivilklausel nur mit einer Transparenz der Drittmittel Erfolg verspricht. Aber ein öffentlicher Diskurs über die Drittmittel kommt für die Universität der „Friedensstadt Augsburg“ nicht infrage. Da seien die Diskursforscher vor.

Interessant daran ist aber auch, dass der Universitätssprecher die harten Fakten und konkreten Umstände in Augsburg als einziger direkt anspricht, nämlich den *Leichtbau* und die Produktion von *Kampfflugzeugen*. Diese Dinge haben die Studenten gar nicht angesprochen. Dies scheint uns ein Indiz dafür, a) dass sich die Universitätsleitung sehr sicher im Sattel fühlt und gegenüber der pazifistischen Bewegung tendenziell zur Provokation neigt, b) dass sich die Universitätsleitung den eigentlichen Herrn und Geldgebern so stark verpflichtet fühlt, diese Dinge offen anzusprechen, damit nicht etwa der Eindruck entsteht, man sei in der Defensive und hätte etwas zu verstecken.

<sup>6</sup> Crolly, Hannelore. „Hitco baut auf atlantische Strategie. US-Tochter verhilft Wiesbadener SGL Carbon zu lukrativem Rüstungsgeschäft“. Welt Online, 2. Januar 2003. <http://www.welt.de/print-welt/article321165/Hitco-baut-auf-atlantische-Strategie.html>.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Zitiert nach Stadtzeitung Augsburg vom 16.12.2015

<sup>9</sup> Ebd.



Manager von MT Aerospace (Mitte) und Schulreferent Köhler (rechts) im Rathaus vor einem Poster des Rüstungskonzerns OHB/MT Aerospace bei der Eröffnung der Ausstellung „30 Jahre ARIANE: Nutzen und Zukunft der europäischen Raumfahrt“, 27.2.2011. Ganz rechts außen ein Vertreter der Hochschule, die Mitveranstalter war. Da die Schulbehörde sich Gott sei Dank als unfähig erwies, zum Eröffnungstermin Schüler ins Rathaus zu beordern, griffen sich die Herrschaften einfach eine Schulklasse, die zufällig vorbeikam und eigentlich was ganz anderes im Rathaus wollte. Die Schüler legten wenig Begeisterung an den Tag und machten sich samt Lehrer bald wieder davon. Die Ansprache des Rüstungsmanagers im unteren Rathausflutz viel aus. Allerdings hat der Schulreferent zuvor zwei Gymnasien mit einem Schüler-Poster-Wettbewerb eingebunden. Das Unternehmen MT Aerospace, das zum Bremer Raumfahrt- und Rüstungskonzern OHB gehört, fertigt in Augsburg unter anderem Teile für die Ariane-Zusatzzraketen (Booster). Diese Ariane-Raketen schießen selbstverständlich nicht nur zivile, sondern auch militärische Satelliten in den Weltraum, wie auf einer der Ausstellungstafeln im Rathaus ganz versteckt erwähnt wurde.

*Leichtbau* und *Kampfflugzeuge* stehen also im Raum, relativ offensiv von der Universitätsleitung gesetzt. Im Antrag des studentischen Vertreters in der EULe kommt dies auch in der Begründung überhaupt nicht vor.

In der Begründung heißt es lediglich:

Die Auseinandersetzung um eine Zivilklausel ist letztendlich eine Frage darüber, wie das Profil einer Universität gestaltet werden soll. Im Rahmen der Erweiterung der universitären Strukturen bezüglich des Aufbaus der medizinischen Fakultät und des Innovationsparks stellen sich Fragen um das ‚Wie‘ der Ausgestaltung zukünftiger hochschulpolitischer Entwicklungen. Hierin sieht die Studierendenschaft die Chance, sowohl das Verständnis von universitärer Selbstverwaltung und -verantwortung als auch die Auswirkungen universitärer Forschung auf die Gesellschaft zu definieren.<sup>10</sup>

Der **Innovationspark** wird also im Antrag der Studenten lediglich kurz erwähnt, aber gar nicht mehr ausgeführt, um was es dabei geht oder gehen soll.

In einem weiteren Abschnitt der Begründung des Antrags, wo es um Drittmittel geht, wird auf Forschungen für das US-Militär an der LMU München und in Wien verwiesen sowie auf „Satellitenforschung an der Universität Bremen“. Die Bundeswehr kommt in der Begründung nicht vor. Haben hier etwa die Grünen und die Juso-

<sup>10</sup>s. Friedliche Universität? Zivil- und Transparenzklausel jetzt! [http://forumaugsburg.de/s\\_6kultur/Wissenschaft/151214\\_antrag-zivil-u-transparenzklausel-EULe/index.html](http://forumaugsburg.de/s_6kultur/Wissenschaft/151214_antrag-zivil-u-transparenzklausel-EULe/index.html)

Hochschulgruppe Einfluss genommen, dass vorrangig das US-Militär erwähnt wird und die Bundeswehr außen vor bleibt?<sup>11</sup>

Dass es bei der „Satellitenforschung an der Universität Bremen“ um das Militärsatellitenprogramm SAR-Lupe der Firma OHB geht und eine Tochter dieser Firma, nämlich, MT Aerospace in Augsburg tätig ist, wird beispielsweise gar nicht mehr erwähnt. Ebenso wenig wird erwähnt, dass mit Dr. Wolfgang Konrad ein Manager der Augsburg MT Aerospace im Vorstand des Unternehmens- und Forschungsverbund Carbon Composite e. V. vertreten war. Der Verein Carbon Composite (CCeV) mit Hauptsitz in Augsburg ist ein Verbund von Unternehmen und Forschungseinrichtungen, der die gesamte Wertschöpfungskette der Hochleistungs-Faserverbundwerkstoffe in Deutschland, Österreich und der Schweiz abdeckt. CC e. V. ist einer der Drahtzieher für den Augsburger Innovationspark und hat mit der Mitgliedschaft von zum Beispiel MT Aerospace nicht nur Militärsatelliten im Programm, sondern auch Komponenten der Ariane-Trägerraketen. Dies soll nur ein Beispiel sein, um was es eigentlich geht und wie dezent der AK Zivilklausel solche Dinge anspricht, bzw. lieber nicht anspricht.<sup>12</sup>

Woanders, aber leider nicht an den Schulen, an der Universität oder im Rathaus, wird der militärische Zweck des Navigationssystems Galileo und ganz generell die militärische Nutzung des Weltraums sehr wohl offen und ausführlich thematisiert: Eines der fünf Schwerpunktthemen einer Handelsblatt-Jahrestagung „Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik“ lautete: „Der Weltraum nimmt immer mehr an Bedeutung zu. Die militärische und zivile Nutzung bietet zahlreiche Möglichkeiten im Bereich Aufklärung und Kommunikation. Dies ist zwar mit hohen Investitionen verbunden, gleichwohl sind die Konsequenzen möglicher Fähigkeitslücken gravierend. Wie stellen sich die nationalen und internationalen Mitspieler auf?“<sup>13</sup>

MT Aerospace ist auch Zulieferer für die Maschinen von Airbus Group, darunter auch für den Militärtransporter A 400 M. MT Aerospace war im Jahre 2007 sogar kurz davor, die Augsburger EADS-Werke und zwei Werke in Norddeutschland zu übernehmen, die EADS danach in Premium Aerotec ausgegliedert hat. Es gilt die Sprachregelung, dass Premium Aerotec gemeinsam mit MT Aerospace den Augsburger Standort für Luft- und Raumfahrt in Szene setzt, wobei hier selbstredend sowohl der zivile als auch der militärische Bereich gemeint ist.

An dieser Stelle sei erwähnt, das vor kurzem der Konzern Boeing offizielles Mitglied im Verein Carbon Composite (CCeV) geworden war. Eine solche Mitgliedschaft ist vor einigen Jahren vom CC e. V. noch abgelehnt worden, wohl auf Betreiben von EADS, Eurocopter, Premium Aerotec, Cassidian, Airbus Military, Astrium oder wem auch immer. Es war im Dezember vergangenen Jahres auch die Rede davon, dass Boeing plane, einen Forschungsstandort in Bayern zu errichten. Durch das gebündelte Wissen in Bayern über leichte Kohlefaserverbundstoffe (CFK), und der Spitzencluster-Initiative MAI Carbon stehe eine mögliche Zusammenarbeit bevor. Laut Berichten der Süddeutschen Zeitung könnte der US-Flugzeugbauer einen Forschungs- und Entwicklungsstandort oder Produktionsstätte in München, Garching oder Augsburg errichten. Der Einstieg von Boeing im CC e. V., in Bayern und vielleicht in Augsburg bedeutet auf jeden Fall einen kaum fassbaren Militarisierungsschub. The Boeing Company ist der weltgrößte Hersteller ziviler und militärischer

<sup>11</sup> s. ebd.

<sup>12</sup> Näheres hierzu im Artikel des Forums: Öffentliches Gelöbnis in Augsburg. Die Bundeswehr hat ein Anerkennungs- und ein Rekrutierungsproblem. Düll, Gribl, Hintersberger, Paula... tief verstrickt in die herrschende Militärpolitik, 27.2.2011 [http://www.forumaugsburg.de/s\\_2kommunal/Friedensstadt/110227\\_rekruten-geloebnis2/artikel.pdf](http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Friedensstadt/110227_rekruten-geloebnis2/artikel.pdf)

hier u. a. auch zu den Themen:

Propagandaaktionen von Militär und Militärindustrie an den Schulen – Tornado-Flugsimulator am Diesel-Gymnasium

Bundeswehrreform droht aus den Fugen zu geraten – es fehlt an Freiwilligen

Kaum zu fassen: der örtliche Organisator ist ein Gymnasiallehrer

Protest gegen Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusminister Spaenle und Generalmajor Wessels zum Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen und in der Lehrerfortbildung

<sup>13</sup> Die Quelle ist leider nicht mehr zugänglich. Es dürfte sich um die 7. Handelsblatt-Jahrestagung „Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik“ am 5. und 6. Oktober 2010 in Berlin gehandelt haben



Hochschulwahlen 6./7. Juli 2011, Universität Augsburg

Rüstungsfirmen genannt, die sich dort ansiedeln sollen. Dadurch entstanden in Teilen der Studierendenschaft die Befürchtung, dass in Zukunft an der Uni Augsburg Rüstungsforschung betrieben werden könnte, besonders, da bereits zwischen 2003 und 2004 Zuwendungen des Bundesverteidigungsministeriums an die Universität flossen, deren Verwendungszweck bis heute nicht aufgeklärt werden konnte und SGL Carbon (ebenfalls Verbindung zu wehrrelevanter Forschung) maßgeblich mit dem Innovationspark wirbt.

In dieser Formulierung fehlen auch so wichtige Drahtzieher wie Premium Aerotec und Eurocopter und die Fertigung wichtiger Komponenten für den Eurofighter und den Military Airbus A400 M in unmittelbarer Nähe zur Universität. Dies an der Universität auch nur zu erwähnen, ist anscheinend inzwischen Tabu. Aber es werden wenigstens einmal das Bundesverteidigungsministerium und SGL Carbon erwähnt und damit ein paar konkrete Hinweise gegeben, was an der Uni und auf dem Innovationspark läuft bzw. mit was zu rechnen ist.

Da die Aktivisten in ihrer Kampagne an der Universität nicht mehr über die Rüstungsproduktion sprechen, kommt es natürlich auch nicht in die Medien. Hier wurde/wird meines Erachtens viel verschönt, aber wahrscheinlich wären die Grünen und die Jusos nicht mehr dabei, wenn man eine deutlichere Sprache sprechen würde oder auch nur einige Fakten nennen würde.

Flugzeuge und Hubschrauber sowie von Militär- und Weltraumtechnik. Gemeinsam mit dem europäischen Wettbewerber Airbus bildet Boeing das Duopol für Großraumflugzeuge. Neben Waffensystemen, Raketen (Minuteman), Lenkflugkörpern (z. B. Peacekeeper), Hubschraubern (u. a. AH-64 Apache, RAH-66 Comanche) sowie Überwachungs- und Schulungsflugzeugen produziert Boeing Kampfflugzeuge, Jagdflugzeuge und Bomber sowie Tank- und Transportflugzeuge und macht allein mit seinen militärischen Programmen einen Jahresumsatz von 28 Milliarden Dollar.

Über diese Dinge müsste man sprechen, in Bayern, in Augsburg, an der Universität. Das tut aber kaum jemand. Im Antrag an den studentischen Konvent nach Unterstützung der Forderung nach einer Zivilklausel vom Oktober 2014 formulierten die Vertreter des Zivilklausel AK in der Begründung schon noch wesentlich deutlicher:

Im Kontext des Innovations-Parks um die Universität werden einige



**Johannes Hintersberger, Vorsitzender des Arbeitskreises Wehrpolitik der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, bei der DGB-Kundgebung in Augsburg 1. Mai 2012**

Die Initiative friedliche Uni Augsburg hat jahrelang die Ostermarsch-Kundgebungen genutzt, um für ihre Ziele an die Öffentlichkeit zu gehen. Auch dies unterblieb diesmal. Dabei waren die Beiträge in den Vorjahren wirklich wichtig.

So wurde zum Beispiel vor zwei Jahren auf der Ostermarschkundgebung in Augsburg berichtet, was Staatssekretär Hintersberger, CSU-Stadtrat und Vorsitzender des Arbeitskreises Wehrpolitik der CSU- Landtagsfraktion im trauten Kreise konservativer Studenten an der Universität Augsburg sagte:

Der bayerische Finanzstaatssekretär, Johannes Hintersberger, unter anderem auch Mitglied im Kuratorium der Uni Augsburg, quitierte unlängst die Frage nach einer Zivilklausel an der Uni mit der Aussage,

- die Erforschung modernster Waffentechnologie,
- Praktika bei Unternehmen der Rüstungsbranche,
- Spin-Off-Unternehmen in und eine enge Verzahnung mit dem sogenannten

Innovationspark

stunden der Uni Augsburg bevor und seien gut zu heißen. Eine Zivilklausel lehnt er dementsprechend ab. Ich bin Herrn Hintersberger dankbar. Denn er hat ausgesprochen, was bisher kaum jemand so offen sagen wollte.

Man muss sich vor Augen halten, dass diese Aussagen von einem Wehr-Experten der CSU-Landtagsfraktion und Mitglied der bayerischen Staatsregierung stammen, also sehr ernst zu nehmen sind.

Was ist von dem Vorwurf des Uni-Sprechers zu halten, die Zivilklausel könne durch den „Ausschluss bestimmter Bereiche möglicher Wissenserweiterung und -vermittlung auf der Grundlage politischer Überzeugung die Forschungs- und Lehrfreiheit der einzelnen Wissenschaftler verletzen“<sup>14</sup>?

Wegen der überwältigenden Mehrheit gegen die Zivil- und Transparenzklausel hatte es die Erweiterte Universitätsleitung nicht nötig, ausführlicher auf die Begründung der Antragsteller einzugehen. Dort wird aber die Frage nach der »Forschungs- und Lehrfreiheit der einzelnen Wissenschaftler« beantwortet. So steht in der Begründung der studentischen Antragsstellenden: „Forschung wird durch eine Zivilklausel nicht grundsätzlich eingeschränkt. Die jeweilige Institution, hier die Universität, entscheidet sich lediglich, für bestimmte Forschungszweige keine Mittel einzusetzen. Im konkreten Fall bedeutet dies: Mit einer Zivilklausel spricht sich die Universität Augsburg dafür aus, keine institutionellen Mittel (Räume, Verwaltung, etc.) zur Unterstützung von wehrtechnisch relevanter Forschung bereitzustellen. Die persönliche Wissenschaftsfreiheit der einzelnen Forscher\*innen bleibt davon unberührt.“<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Vgl. [http://www.forumaugsburg.de/s\\_6kultur/Wissenschaft/151214\\_antrag-zivil-u-transparenzklausel-EULe/index.html](http://www.forumaugsburg.de/s_6kultur/Wissenschaft/151214_antrag-zivil-u-transparenzklausel-EULe/index.html)

**Zivil- und Transparenzklausel schränken vielmehr die Freiheit der Auftraggeber ein.** Die Universität Augsburg soll nicht ihre Räume, ihr Verwaltung und sonstigen materiellen Mittel zur Unterstützung wehr- bzw. militärtechnisch relevanter Forschung bereitstellen. Und da, wo „dual-use“ der Drittmittelforschung möglich ist, muss auch ein Diskurs über die Auftraggeber und ihre Ziele ermöglicht werden, damit sich der einzelne Wissenschaftler nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden kann – „scientia et conscientia“!

**Wie kann es weitergehen?** Meines Erachtens nur mit einem integrierten Ansatz, der nicht nur den Campus im Auge hat, sondern auch den Rüstungsstandort Augsburg/Schwaben, die industrielle Entwicklung in dieser Region und die Möglichkeiten einer Rüstungskonversion. Dabei sollte es auch um eine Art kommunaler Zivilklausel gehen. Ganz konsequent muss es auch um den sogenannten Innovationspark bei der Universität gehen, an dem Konzerne und Institute Leichtbaumaterialien vor allem auf Basis von Carbon und entsprechende Produktionstechniken entwickeln wollen, die vornehmlich der Luftfahrt- und Rüstungsindustrie dienen sollen. Die Universität soll in diese Pläne fest integriert werden. Dazu gleich. Festzuhalten ist, dass diese Gesichtspunkte in der Diskussion, die der AK Zivilklausel angestrebt hat, keine Rolle gespielt haben bzw. nicht thematisiert wurden. Man muss aber auch sagen, dass die Studenten an der Universität, die sich für eine Zivilklausel einsetzen, einen solchen integrierten Ansatz nicht allein entwickeln können, sondern es der Kooperation und Unterstützung der politischen Kräfte am Ort bedarf.

**Der offene Brief** und seine Unterstützer könnten schon eine Basis zum Weitermachen abgeben (*s. Anhang*). Es ginge um eine rot-rot-grüne Einwirkung auf die Stadtratspolitik von unten. Die Unterzeichner des offenen Briefes aus dem rot-rot-grünen Lager wären ja da. Es muss geprüft werden: Kann man mit dem Text und den Unterzeichnern weiter arbeiten in diese Richtung? Wertvoll sind auch die positiven Stellungnahmen der grünen Hochschulgruppe und der Jusos.<sup>16</sup> Damit hätte man einen gewissen Einfluss auf die Stadtratsparteien. Diese sollten bei entsprechender Gelegenheit konfrontiert werden mit dem Inhalt des offenen Briefes.

Allerdings gibt es auch Anzeichen, die nicht unbedingt für Fortschritte in der nächsten Zeit sprechen. Dies ist, wie schon angesprochen, eine gewisse Ignoranz gegenüber den tatsächlichen Entwicklungen an der Universität und auf dem Innovationspark und ein gewisses Ausweichen gegenüber den harten Fakten. Hinzu kommt erschwerend, dass die Linke, sowohl der Augsburger Kreisverband wie auch die Stadtratsgruppe keine Initiative in dieser Hinsicht zeigt. Was auch auffällt – aber vielleicht nur uns – ist, dass die Homepage der Initiative friedliche Uni Augsburg politisch gesäubert wirkt. Alle Spuren einer Kooperation mit dem Forum solidarisches und friedliches Augsburg, alle Links und Auszüge aus Forumsartikeln, alle heißen Themen rund um den Innovationspark und die Rüstungsindustrie und auch um das Universitätsmanagement fehlen inzwischen.<sup>17</sup>

---

<sup>16</sup> „Jusos Augsburg bedauern Nein zur Zivilklausel an der Uni Augsburg“, 18. Dezember 2015. <http://jusos-augsburg.de/meldungen/jusos-augsburg-bedauern-nein-zur-zivilklausel-an-der-uni-augsburg/>.

Moritz Duchene. „Pressemitteilung: Weiter Rüstungsforschung – Universität Augsburg lehnt Zivilklausel ab“. Grüne Hochschulgruppe Augsburg, 17.2015. <http://ghg-augsburg.de/2015/12/17/pressemitteilung-weiter-ruestungsforschung-universitaet-augsburg-lehnt-zivilklausel-ab/>.

<sup>17</sup> Siehe hierzu die Berichterstattung beim Forum solidarisches und friedliches Augsburg [http://forumaugsbuerg.de/s\\_6kultur/Wissenschaft/index.htm](http://forumaugsbuerg.de/s_6kultur/Wissenschaft/index.htm) Offener Brief an die Universitätsleitung

## Über den Stand des Innovationsparks (Rüstungsparks) bei der Universität Augsburg und die Möglichkeiten einer kommunalen Zivilklausel

Handelt man vom Innovationspark und vom Rüstungsstandort Augsburg, kann man die Gewerkschaften nicht außen vor lassen. Der damalige Fachbereichsleiter bei ver.di, der zuständig war für dem Personalrat an der Universität Augsburg, wollte keine Position beziehen zur Zivilklausel und zum Rüstungspark, obwohl ich ihm das ganze Material geschickt habe. Meines Wissens ist das bis heute so geblieben. Beachtlich ist das insofern, als ver.di jetzt auch den offenen Brief an die Universitätsleitung unterschrieben hat. Die GEW, die den offenen Brief auch unterschrieben hat, war mit ihrer Hochschulgruppe eigentlich von Anfang an an der Zivilklausel-Kampagne beteiligt und hat dies auch bei Hochschulwahlen thematisiert.

Die IG Metall scheint den DGB ansonsten weitgehend zu beherrschen. In der IG Metall Augsburg gab es eine Zeit lang eine Diskussion über Rüstungskonversion. Es war die Zeit Mitte der achtziger und Anfang der Neunzigerjahre, wo die Rüstungsproduzenten durchgingen, die Ausrüstung der Bundeswehr mit Tornados 1987 abgeschlossen war und andere große Rüstungsprogramme wie zum Beispiel Fregatten und Leopard Panzer ausliefen.

In Augsburg kam es zu PUR, Produkte für den Umwelt- und Ressourcenschutz, einer Projektinitiative der Stadt Augsburg und des Unternehmens MBB. Der damalige Betriebsratsvorsitzende Manfred Zitzelsberger publizierte dieses Projekt 1989 unter dem schon schwungvollen Titel vom Tornado in die Umwelttechnik. Ursprünglich handelte es sich um eine Arbeitnehmerinitiative, die sich als ständiger Arbeitskreis „Alternative Produkte“ des Vertrauenskörpers von MBB konstituierte. Dieser Arbeitskreis, angeschoben vom Vertrauenskörperausschuss und Betriebsrat, wurde mit einem einstimmigen Beschluss der Vertrauensleute 1982 eingerichtet. Der Arbeitskreis sollte immerhin „die friedenspolitischen Zielsetzungen der IG Metall“ umsetzen und lt. Grundsatzerklärung „eine schrittweise Abrüstung (bei entsprechenden strukturpolitischen Programmen)“ anstreben.<sup>18</sup> Mit der Aufnahme der Produktion des Jäger 90 bzw. Eurofighters wurde diese Konversionsdebatte beendet, genauer gesagt mit der Endmontage des ersten Prototypen des Jäger 90 im Jahr 1991.

Im Jahr 2004 sprach der erste Bevollmächtigte der IG Metall Augsburg, Jürgen Kerner, beim Ostermarsch der Augsburger Friedensinitiative: „Frieden schaffen kann man nicht mit noch so modernen Hightechwaffen ... Nicht militärische Großmacht, sondern zivile Friedensmacht soll Europa sein und bleiben.“ Der Auftritt Jürgen Kerner beim Ostermarsch war fast schon eine Sensation. Im Jahr 2009 wurde Jürgen Kerner stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Premium Aerotec, vormals MBB, im Jahr 2012 wurde er in den geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall berufen. Der Arbeitskreis Frieden/Internationale Solidarität der IG Metall Augsburg ist verwaist.<sup>19</sup>

Auf einer Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Augsburg der IG Metall am 10. März 2015 brachte der Bevollmächtigte Michael Leppke einen Antrag zur Abstimmung mit dem Titel „Beschäftigungssicherheit in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland“. Der Antrag war für den Gewerkschaftstag der IG Metall im Herbst vorgesehen und wurde mit 100 Stimmen dafür, ca. drei dagegen und ca. vier Enthaltungen angenommen.<sup>20</sup> (s. *Anhang: Beschluss der Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Augsburg vom 10. März 2015*) Unter den Gegenstimmen war auch Rainer Nödel, Vorstandsmitglied der Linken in Augsburg.

<sup>18</sup> Siehe dazu den wirklich sehr aufschlussreichen Artikel: Rüstungskonversion in Augsburg – Sie wollten „vom Tornado in die Umwelttechnik“ ... und landeten beim Eurofighter 9.9.2004 [http://www.forumaugsburg.de/s\\_2kommunal/Friedensstadt/040909\\_konversion3/artikel.htm](http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Friedensstadt/040909_konversion3/artikel.htm)

<sup>19</sup> s. <http://www.igmetall-augsburg.de/termine/thema.html?id=22>

<sup>20</sup> Auf dem 23. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 18. bis 24. Oktober 2015 in Frankfurt am Main wurde der Antrag aus Augsburg kombiniert mit einem ähnlichen Antrag aus Hamburg angenommen. Es würde zu weit führen, hier auf die Veränderung des Augsburger Antrags und die Debatte auf dem Gewerkschaftstag einzugehen.



**IG Metall-Betriebsräte „stehen“ hinter dem Technologiezentrum, Rathaus Augsburg 26.6.2012. Vor ihnen fünf Entwürfe des Technologiezentrums, des Herzstücks des Innovationsparks, das inzwischen eröffnet wurde. Tatsächlich stehen nicht alle hinter dem Technologiezentrum und den Rüstungs(forschungs)vorhaben auf dem Innovationspark, wie der nebenstehende Bericht über die Delegiertenversammlung der IG Metall zeigt - aber fast alle. Die Führung durch die Ausstellung wurde vom damaligen Leiter des Innovationsparks Jano von Zitzewitz, vorher Rüstungsmanager und Vice President Airbus Helicopters, sowie dem Leiter des Technologiezentrums Werner Haible persönlich durchgeführt. Mit dabei die Bevollmächtigte der IG Metall Augsburg Christiane des Santana, früher im Vorstand der WASG. Bild der IG Metall-Delegation (v.l.n.r.): Herlich, Bernd (Premium AEROTEC); Kunzendorf, Sebastian (Premium AEROTEC); Terhaag, Wilhelm (BancTec); Greulich, Hartmut (MT Aerospace); Hufert, Peter Manfred (Premium AEROTEC); Heinrich, Wolfgang (Fujitsu Technology Solutions); Weinhart, Claus (Architekt von Brechensbauer Weinhart + Partner Architekten, München); Brückner Gerald (Fujitsu Technology Solutions); hinten: Haible, Werner (Leiter Technologiezentrum); Nödel Rainer (Ludwig Leuchten); Thalhofer, Hans (Hosokawa Alpine); von Zitzewitz, Jano (Leiter Innovationspark); de Santana, Christiane (IG Metall Augsburg). Quelle: IG Metall Augsburg, 3.7.2012 <http://www.igmetall-augsburg.de/news/meldung.html?id=52774> Foto: Siegfried Kerpf/Stadt Augsburg**

Die Verwaltungsstelle Augsburg beantragt damit auf dem zentralen Gewerkschaftstag der IG Metall, den industriepolitischen Dialog des Bundeswirtschaftsministeriums zur Entwicklung der Wehr- und sicherheitstechnischen Industrie zu institutionalisieren. Der Augsburger Beschluss wagt nicht einmal, Rüstungskonversion in irgendeiner Form zu fordern oder sich für den Frieden stark zu machen, gegen Militarisierung und Kriege.

Damit fällt die Verwaltungsstelle Augsburg noch hinter das zentrale Debattenpapier zurück, das der IG Metall Bundesvorstand zur Vorbereitung des Gewerkschaftstages allen Mitgliedern vorgelegt hat. (*Auszüge im Anhang: Aus dem Debattenpapier des IG Metall-Bundesvorstands zum Gewerkschaftstag 2015*) Darin fordert der IG Metall-Hauptvorstand eine aktive Friedenspolitik von der Bundesregierung. Damit wird immerhin deutsche Kriegstreiberei verurteilt, die Verfolgung von geopolitischen Interessen unter dem Vorwand humanitärer Hilfe kritisiert und eine restriktive Handhabung von Waffenexporten gefordert sowie verlangt, dass Militärinterventionen nur als Ultima Ratio und nur als Entscheidung des UN-Sicherheitsrats stattfinden. Das ist zwar noch nicht exakt das, was die Linke im Erfurter Programm beschlossen hat. Aber ich schätze, dass dies die bisher linkeste Position ist, die vom Hauptvorstand der IG Metall zu diesen Themen vorgelegt wurde.

Im Grunde äußert die IG Metall Augsburg ihre Befürchtung, dass bei Diversifikation und Erschließung ziviler Märkte der deutschen Rüstungsbranche die technologische Kompetenz, das Know-how der Beschäftigten und die industrielle Systemfähigkeit verloren gehen. Diese seien aber zu sichern und auszubauen. Die Augsburger

IG Metall fordert direkt, Ziel müsse es sein, einem Abbau von Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionskapazitäten in der Rüstungsbranche entgegenzuwirken.

Die Produktion für die Bundeswehr wird in keinem Punkt kritisiert. Für die Rüstungsunternehmen wird Planungssicherheit gefordert. In vollendeter, lammfrommer Passivität ringt sich die Augsburger IG Metall zu der Forderung durch: Es müsse lediglich Klarheit geschaffen werden, welche Fähigkeiten künftig von der Bundeswehr benötigt werden, welche Technologien und welche Ausrüstung beschafft werden sollen. Die Bundeswehr soll also auf jeden Fall bekommen, was sie will und was sie braucht. Sie muss es nur sagen – und die Augsburger IG Metall ist zufrieden.

Die Forderung der IG Metall Augsburg, die „industrielle Systemfähigkeit“ zu erhalten, bezieht sich auf die deutsche und europäische Rüstungsbranche und die immer komplexeren Rüstungsprodukte und Waffensysteme. Damit hebt die IG Metall Verwaltungsstelle Augsburg auf das hohe technologische Niveau der Rüstungsfirmen in der Region Augsburg ab, also von Premium Aerotec, Eurocopter, Kuka, Renk, SGL, MT Aerospace, und will das Niveau der Militärproduktion und die Fähigkeit zur modernsten Militärproduktion erhalten. Die IG Metall Augsburg geriert sich als Retter der „Systemfähigkeit“ der Rüstungsbranche in der Region.

Die Grundhaltung des Augsburger Antrags steht völlig unkritisch, ja positiv zur deutschen Rüstungsbranche und verteidigt mit der *Beschäftigung* auch entsprechende Produktionen. Konversion ist für die Augsburger IG Metall *aktuell* überhaupt kein Thema. Nur wenn die staatliche Nachfrage nach bestimmten Rüstungsgütern ausläuft oder sich wandelt, also durch jeweilige Rüstungs- und Kriegskonjunktoren sowieso Arbeitsplätze verloren gehen oder gefährdet sind, denkt die IG Metall Augsburg an zivile Märkte. Aber: Die Erschließung ziviler Märkte müsse im Rahmen der Diversifikation, also der *Verbreiterung* der Produktpalette *auf Basis* der bestehenden Technologien der Rüstungsbetriebe erfolgen.

Am Schluss ihres Antrags nimmt die IG Metall Augsburg noch die gesamte untere und mittlere Ebene, die Betriebsräte, die Verwaltungsstellen und sogar die Bezirksleitungen (z. B. von Bayern), aus der Verantwortung für Rüstungskonversion. In erster Linie sei es Sache des Zentralvorstands der IG Metall, den Strukturwandel in der Rüstungsbranche zu begleiten. Selbstverständlich soll dieser „Strukturwandel“ nicht aktiv angestrebt oder gefördert, sondern allenfalls „begleitet“ werden.

Also, selbst wenn der Strukturwandel sowieso schon läuft, soll die IG Metall nach dem Willen der Augsburger Verwaltungsstelle auf keinen Fall einen antimilitaristischen Standpunkt einnehmen, sondern, so weit es geht, abwiegeln und demobilisieren.

Man könnte nun folgern, dass *betriebliche* Konversionsinitiativen zum Scheitern verurteilt sind. Allerdings gab es bei dem oben erwähnten Konversionsprojekt PUR eine Projektinitiative zwischen der Stadt Augsburg und dem Unternehmen MBB. Dies ist schon beachtlich. Beachtlich ist auch, dass es damals eine Forschungsstelle Konversion und Friedenswissenschaften an der Universität Augsburg gab, die das Projekt unterstützte!

Unser Forum schätzte die Sache damals so ein:

Ein grundsätzliches Problem bei dem Augsburger PUR-Projekt war wohl, dass es keine staatliche Förderung gab. Die bayerische Staatsregierung schloss sich dem "Standpunkt" der Bundesregierung an, dass Konversion eine Sache der betroffenen Unternehmen sei, in die sich die Regierung nicht einmische. Tatsächlich hat sich die Bundesregierung hinter den Kulissen massiv eingemischt und finanziert, aber eben für Zwecke der Transformation und nicht der Konversion. Wenn die öffentliche Hand private Unternehmen dazu bringen will, auf öffentliche Güter oder öffentlich benötigte Güter umzustellen, muss sie auch Geld geben. Wenn die staatlichen Stellen hier mauern, ist eine Kommune gegenüber einem Großkonzern wie MBB bzw. DASA hoffnungslos im Hintertreffen. Um auch die Zulieferer, also praktisch ganze Branchen, umzustimmen, braucht es ein positives öffentliches Klima für Konversion in der ganzen Region, ja sogar dem ganzen Bundesland. Das war bei dem doch relativ isolierten Projekt PUR nicht gegeben.

Trotz allem wollen wir uns der Aussage von Dr. Hendrik Bullens, Leiter der damaligen Forschungsstelle Konversion und Friedenswissenschaften, Universität Augsburg, und des SISYFOS-Instituts, München-Augsburg aus dem Jahre 1994 anschließen: „Trotzdem wäre es falsch zu sagen, dass die Rüstungskonversion gescheitert sei: Richtig ist vielmehr, dass sie hierzulande im großen und ganzen nie wirklich versucht wurde – und darin liegt nach wie vor eine Chance. Wann kommt die neue Konversionsoffensive?“<sup>21</sup>

Bis vor kurzem wurde mit dem Auslaufen der Produktion des Eurofighters im September 2016 gerechnet. Die heutige Lage ähnelt also der vor 25 Jahren, als die Produktion des Tornado auslief. Nach dem massiven Einstieg der Emirate im Nahen Osten, zuletzt Kuwait mit einem Auftrag in Höhe von 8 Milliarden Euro, vorher schon Saudi-Arabien mit 72 und Oman mit zwölf, insgesamt also unerwartet 112 Maschinen, änderte sich die Lage schlagartig. Weitere Optionen soll es jetzt von Seiten Dänemarks, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Indonesien, Malaysia, Kanada, Finnland und der Schweiz geben und noch einmal Saudi-Arabien.<sup>22</sup> Nun wird die Produktion massiv weitergehen, die Fertigung von Strukturteilen bei Premium Aerotec in Augsburg mit 4000 Beschäftigten und die Endmontage in Manching mit ebenfalls 4000 Beschäftigten. Unabhängig davon scheint es große, geheime Pläne zu geben, die die Konzernleitung der Airbus Group, bzw. von Premium Aerotec, nicht bestätigen will. Der Betriebsratsvorsitzende ging über den Bayerischen Rundfunk in die Offensive:

Eurofighter, großes Upgrade in zehn Jahren

Auch wenn 2017 die Produktion des Eurofighters ausläuft, hängt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts von der Kapazität der Entwickler ab. Das gilt nicht nur beim Unbemannten Fliegen, sondern für das große Upgrade des Eurofighters, das in zehn Jahren ansteht, erinnert Betriebsratchef Pretzl. Der Eurofighter wird dann ein komplett anderes Flugzeug sein als heute, er wird komplett zerlegt und mit neuen Teilen und neuen Funktionen wieder zusammengebaut. An der Stelle brauche man das Know-How, sagt Pretzl. Konfrontiert mit diesem Argumenten heißt es aus dem Konzern lapidar, man werde die Personalanpassungen flexibel an die Auslastung anpassen.<sup>23</sup>

Neue Pläne mit Drohnen laufen mit Sicherheit, nach dem die Entwicklung der Großdrohne Talarion aufgegeben wurde. Mit Barracuda wurde in Augsburg schon heimlich eine kleinere Drohne fast komplett gefertigt, wie die Zeitschrift Politik & Sicherheit ASP – Außen- und Sicherheitspolitik, Wehrtechnik und Wirtschaft verrät, die von der CSU herausgegeben und von der Rüstungsindustrie finanziert wird. Stolz schrieb die CSU bereits 2010 in ihrer Zeitschrift: „Der dritte »Barracuda«, der im Juni 2010 auf der ILA in Berlin ausgestellt war, untermauert den Anspruch, dass jedes zu wählende »unmanned aerial system« auch seine Struktur von Premium AEROTEC erhalten sollte!“<sup>24</sup> Das war vor sechs Jahren, man kann sicher sein, dass die Konzipierung von Drohnen inzwischen auch am Augsburger Standort massiv weitergegangen ist.

<sup>21</sup> s. Rüstungskonversion in Augsburg – Sie wollten „vom Tornado in die Umwelttechnik“ ... und landeten beim Eurofighter 9.9.2004 [http://www.forumaugsburg.de/s\\_2kommunal/Friedensstadt/040909\\_konversion3/artikel.htm](http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Friedensstadt/040909_konversion3/artikel.htm)

<sup>22</sup> Scheichs fliegen auf den Eurofighter, Augsburger Allgemeine 6.4.2016

<sup>23</sup> „Umbau bei Airbus: Ein Konzern in Turbulenzen | Oberbayern | Nachrichten | BR.de“, 19. Mai 2015. <http://www.br.de/nachrichten/oberbayern/inhalt/airbus-umbau-arbeitsplaetze-100.html>

<sup>24</sup> s. unseren Artikel Innovationspark: Das Fachforum nachhaltige Stadtentwicklung nimmt Stellung zum Bebauungsplan – scharfe Kritik an der geplanten Rüstungsforschung, 2.9.2011 [http://www.forumaugsburg.de/s\\_1aktuelles/2011/09/02-stellungnahme-bp900-innovationspark.pdf](http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2011/09/02-stellungnahme-bp900-innovationspark.pdf)



Große Dinge mit weitreichenden Folgen scheinen also im Hintergrund zu laufen. Der Eurofighter werde dann ein komplett anderes Flugzeug sein als heute, bemannt und/oder unbemannt. Auch der Tornado, der atomwaffenfähig ist, könnte ersetzt werden. Die Pläne werden geheim gehalten, auch eine zukünftige nukleare Bewaffnung bleibt im Dunkeln, wird aber nicht ausgeschlossen.<sup>25</sup> Mit Produktionsrobotern der neuen Generation soll die Fertigung großer Bauteile für zivile und militärische Flugzeuge auf ein ganz neues Niveau gehoben werden. Dafür arbeitet Airbus Group mit japanischen und französischen Laboratorien an einem Produktionsroboter der neuen Generation, dem humanoiden Roboter für die Endmontage – also bei bestimmten Produktionsabschnitten die Ablösung des stationären KUKA-Roboters durch laufende Roboter.

Obwohl die Stadt ihre Chance verspielt hat, beim Bebauungsplan für den Innovationspark bei der Universität eine Zivilklausel unterzubringen, hätte sie aktuell immer noch Möglichkeiten. Bei den anstehenden Grundstücksverkäufen könnte sie über Einträge im Grundbuch militärische Nutzungen ausschließen. Auch eine Änderung des Bebauungsplans wäre natürlich möglich. Dazu bräuchte die Stadt aber ein friedenspolitisches Leitbild, zum Beispiel in Form einer Zivilklausel, das dezidiert in die planerische Willensbildung der Kommune eingeht. Erste Ansätze hierzu haben die Grünen nach einem Vorstoß selbst wieder rasiert. Reiner Erben, der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen, hat im Wirtschaftsausschuss stattdessen die Schimäre von der Ressourceneffizienz als neues Leitbild präsentiert, das von den Bürgerlichen mit einhelliger Begeisterung aufgenommen wurde – ist es doch im Hinblick auf eine friedliche Ausrichtung der Stadt und des Innovationsparks völlig wirkungslos. Während Reiner Erben sich mit diesem Humbug noch brüstet und die städtische Wohnungsbaugesellschaft ihr Geld mit einem Technologiezentrum verpludert, dümpelt der sogenannte Innovationspark vor sich hin. Von den wahnwitzigen Prognosen, dort 4000 bis 6000 Arbeitsplätze zu schaffen, distanzieren sich Stadt und Medien inzwischen vorsichtshalber selber. Und die Parole von einem Zentrum für Ressourceneffizienz von europäischem Rang glauben die Agenten des Innovationsparks aus der Rüstungsbranche, die Verantwortlichen bei der Regio und die Entourage von Eva Weber im Wirtschaftsreferat wahrscheinlich selbst nur, solange ihre Posten erhalten und gut bezahlt werden. Zur Zeit dürften die Posten der Propagandisten des Innovationsparks nahezu die einzigen Arbeitsplätze sein, die auf dem Innovationspark bisher geschaffen wurden. Die Goldgräberstimmung rund um das schwarze Gold Carbon könnte bald in einem Katzenjammer enden, solange sich die Stadt nicht aus dem Schlepptau der Rüstungskonzerne wie Premium Aerotec und MT Aerospace befreit. Statt das riskante Spiel mit Großaufträgen der Rüstungsbranche mitzuspielen, sollte die Stadt konsequent auf Konversion und Mobilisierung der regionalen Wirtschaft und der zivilen Kräfte setzen.<sup>26</sup>

Die Möglichkeit einer rein zivilen, nichtmilitärischen Nutzung des Geländes auf dem Innovationspark bei der Universität hat die Stadt bei der Aufstellung des Bebauungsplans sehenden Auges verspielt. Eine Änderung des Bebauungsplans 900 wäre möglich und nötig. Da aber bereits mit der Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im südwestlichen Teil des Innovationsparks begonnen wurde, gäbe es kurzfristig auch die Möglichkeit, eine zivile Nutzung über sogenannte *Grunddienstbarkeiten* zu erwirken. Da die Stadt Augsburg bisher kein einziges Grundstück auf dem Innovationspark verkauft hat, wären alle Optionen tatsächlich auch lückenlos anwendbar. Auch ein *Erbbaurecht* könnte man ins Auge fassen. Ferner wurde auch schon ein *Qualitätshandbuch* ins Spiel gebracht.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> Thomas Wiegold. „Lesestoff: Deutschlands neue ‚Militärische Luftfahrtstrategie‘ (Nachtrag: Ohne Nukleare Teilhabe)“. Augen geradeaus!, 19. Januar 2016. <http://augengeradeaus.net/2016/01/lesestoff-deutschlands-neue-militaerische-luftfahrtstrategie/>

<sup>26</sup> s. Innovationspark bei der Universität – Leitbild und Nutzung, Teil 1: Höchste Zeit, dass die Stadt für eine rein zivile, nichtmilitärische Nutzung der Flächen auf dem Innovationspark sorgt. Die Vermarktung von Gewerbeflächen im Augsburg Innovationspark hat begonnen, 7.2.2015 [http://www.forumaugsburg.de/s\\_6kultur/Wissenschaft/160207\\_innovationspark-leitbild-grundstuecke/index.html](http://www.forumaugsburg.de/s_6kultur/Wissenschaft/160207_innovationspark-leitbild-grundstuecke/index.html)

<sup>27</sup> s. Innovationspark bei der Universität – Leitbild und Nutzung, Teil 2: Grunddienstbarkeit – eine Möglichkeit der Stadt, direkt auf die Nutzung der Grundstücke Einfluss zu nehmen. Für die Friedensstadt Augsburg wäre es ein Fall von Hygiene, den Innovationspark und die Universität von Rüstungsfirmen und Rüstungsforschung freizuhalten. Ein Qualitätshandbuch wäre wichtig, dieses scheint es aber trotz Stadtratsbeschluss nicht zu geben, 8.2.2016 [http://www.forumaugsburg.de/s\\_6kultur/Wissenschaft/160208\\_innovationspark-leitbild-grundstuecke-2/druckversion.pdf](http://www.forumaugsburg.de/s_6kultur/Wissenschaft/160208_innovationspark-leitbild-grundstuecke-2/druckversion.pdf)

## **Die Vermarktung von Gewerbeflächen im Augsburg Innovationspark hat begonnen – die Stadt hatte und hat einige Möglichkeiten, das Leitbild „Frieden“ umzusetzen.**

Dafür wurde im Juli 2014 das erste Teilumlegungsverfahren für südwestliche Grundstücke im Innovationspark in Kraft gesetzt. Es handelt sich zunächst um 38.000 m<sup>2</sup> Fläche im Eigentum der Stadt. Die Grundstücke liegen zwischen der neu zu bauenden Erschließungsstraße – vom Lehrstuhl Weller Forschungsallee getauft – für den Augsburg Innovationspark und der B 17 und sollen in den Jahren 2015 und 2016 über die Bgm.-Ulrich-Straße Stück für Stück erschlossen werden.<sup>28</sup> Keines dieser Grundstücke hat die Stadt bis jetzt verkauft.<sup>29</sup>

Bei den eigenen Grundstücken und denen, die sie noch erwerben will, hätte die Stadt über eine *Grunddienstbarkeit* die Möglichkeit, bestimmte Zwecke für die Nutzung festzulegen bzw. auszuschließen. Diese Vorgaben der Stadt würden bei einem Verkauf der Flächen und sogar bei einem Weiterverkauf der Flächen an Dritte gelten, da sie im Grundbuch eingetragen wären. Der andere Weg für die Stadt, friedliche Verwendungszwecke festzulegen, wäre das *Erbbaurecht*.

Beim Technologiezentrum (TZA), einem Kernbestandteil des Innovationsparks, hätte die Stadt voll das Sagen, weil es sich im Besitz der Stadt befindet und auch in ihrem Besitz bleiben soll. Über die Auswahl der Mieter und die Mietverträge könnte die Stadt unseres Erachtens eine rein zivile Nutzung festlegen und alle Arten militärischer Nutzung ausschließen.

Insgesamt gehören etwa ein Drittel der Fläche von knapp 70 ha des geplanten Innovationsparks dem Freistaat Bayern, bzw. der Universität. Dazu zählt auch weitgehend das südöstliche Gelände des Innovationsparks (südlich der Universität), auf dem die Institutsgebäude von DLR<sup>30</sup> und Fraunhofer bereits errichtet und in Betrieb sind und der Bau des Instituts für Materials Resource Management (MRM) der Universität Augsburg ab 2015 geplant war, aber bis jetzt noch nicht erfolgte. Hier und an der Universität selbst müsste eine Zivilklausel greifen, die in der Grundordnung der Universität verankert sein müsste. Für etwaiges Gelände des Freistaats, für das die Universität nicht direkt zuständig ist, würde wahrscheinlich nur eine Zivilklausel greifen, die im Landeshochschulgesetz verankert ist. Aber wie gesagt, über einen geänderten Bebauungsplan könnte die Stadt auch für diese Flächen des Freistaats bestimmte Nutzungen verordnen.

## **In der Bauleitplanung hat die Stadt ihr Profil als Friedensstadt bereits verspielt**

Mit der sogenannten *Bauleitplanung* hat die Gemeinde das Recht, die städtebauliche Entwicklung zu ordnen, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke vorzubereiten und zu leiten. In den Grundsätzen der Bauleitplanung, die in Paragraph 1 des Baugesetzbuches formuliert sind, findet sich zum einen die allgemeine Anforderung: „Die Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten.“<sup>31</sup> Zum anderen finden sich 13 Punkte, die insbesondere bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen sind.

In den allgemeinen Grundsätzen der Bauleitplanung ließe sich das Friedensziel leicht unterbringen. Rüstungsproduktion und Rüstungsforschung sind weder *sozial*, sie dienen weder dem *Wohl der Allgemeinheit* noch entsprechen sie der *Verantwortung gegenüber künftigen Generationen*. Auch eine *nachhaltige* städtebauliche Entwicklung ist durch die Militarisierung der Stadt nicht gegeben. Nicht von ungefähr ist das

<sup>28</sup> „Start der Vermarktung von Gewerbeflächen im Augsburg Innovationspark, Stadt Augsburg“, 23-Juli-2014. [Online]. Verfügbar unter: <http://www.augsburg.de/presse-medien/pressemitteilungen/start-der-vermarktung-von-gewerbeflaechen-im-augsburg-innovationspark-881/>. [Zugegriffen: 23-Juli-2014].

<sup>29</sup> s. die als „frei“ gekennzeichneten Flächen: „Belegung der Gewerbeflächen am Innovationspark, Geoportale Augsburg“. Zugegriffen 6. Februar 2016. [http://geoportale.augsburg.de/WebDaten/synserver?project=gewerbeflaechen&client=flex&query=gebiet&keyname=GEBIETS\\_ID&keyvalue=188](http://geoportale.augsburg.de/WebDaten/synserver?project=gewerbeflaechen&client=flex&query=gebiet&keyname=GEBIETS_ID&keyvalue=188).

<sup>30</sup> Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR)

<sup>31</sup> „§ 1 BauGB Aufgabe, Begriff und Grundsätze der Bauleitplanung“, dejure.org. [Online]. Verfügbar unter: <http://dejure.org/gesetze/BauGB/1.html>. [Zugegriffen: 14-Dez-2014].



**Das Gelände des Innovationsparks von Norden fotografiert, links die Universität, im Hintergrund die Arena, rechts nicht mehr sichtbar die B 17. Das Foto stammt nicht etwa aus dem Jahr 2010, sondern vom 24. Februar 2016. Keiner der 5000 Arbeitsplätze in Sicht, kein Quadratmeter verkauft, keine Firma angesiedelt, im Wirtschaftsreferat bangt man um die Zukunft und hofft verzweifelt, dass die Rüstungsindustrie doch noch einsteigt. Vorläufig aber herrscht ein sympathischer Zustand: Bauern kultivieren das Gelände, die Rüstungskonversion setzt sich ganz praktisch durch nach dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ - eine Idylle, die hoffentlich noch lange währt. Und mit einer städtischen Zivilklausel würden wir auch Arbeitsplätze billigen, viele sogar. Noch aber liegen dunkle Wolken wie eine leichte Drohung über dem Gelände.**

Friedensziel der Stadt in ihrem Nachhaltigkeitsprogramm formuliert. Im „Handlungsprogramm Nachhaltigkeit“, vom Stadtrat im Juni 2004 verabschiedet, wird in einer Leitlinie als „Ziel“ formuliert, Augsburg müsse „als »Stadt des Friedens« Profil entwickeln“.<sup>32</sup> Allerdings bleibt es bei dieser sehr allgemeinen Formulierung im Handlungsprogramm Nachhaltigkeit, eine Konkretisierung unterbleibt wohlweislich.

Man kann nun in den 13 Punkten, die nach Paragraph 1 des Baugesetzbuches „insbesondere“ bei der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind, eine Einschränkung der allgemeinen Grundsätze sehen, aber das muss nicht unbedingt sein. Denn erstens gelten die 13 Punkte *als beispielhaft und haben keinen abschließenden Charakter*, zweitens lassen Sie in ihrer Detailliertheit *Raum für weitere ziemlich konkrete Festlegungen* – wie zum Beispiel eben dem Verbot von Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion auf einem bestimmten Gelände. Drittens sind in den 13 Punkten sogar *militärische und zivile Nutzungen direkt angesprochen* und viertens geht es auch im Zweifelsfall um die *richtige Abwägung der verschiedenen Belange*.

In einem Baurecht-Ratgeber heißt es zum Beispiel: „Je nach dem Planungswunsch der Gemeinde können die Bestimmungen sehr detailliert (z.B. Farbe der Dachziegeln) ... sein.“<sup>33</sup> Hier kommt doch der Gedanke auf, dass

<sup>32</sup> Leitlinie B7

<sup>33</sup> „Der Bebauungsplan - Verfahren, Rechtsschutz, Regelungsinhalt, conjus“. [Online]. Verfügbar unter: [http://www.baurecht-ratgeber.de/baurecht/baurecht/index\\_10.html](http://www.baurecht-ratgeber.de/baurecht/baurecht/index_10.html). [Zugegriffen: 14-Dez-2014].

die Stadt auch weit schwerwiegendere Dinge als die Farbe von Dachziegeln „detailliert“ festlegen kann, sofern nur der „Planungswunsch“ formuliert wird oder eben in einem beschlossenen Leitbild festgelegt ist.

Der zehnte Punkte aus den 13 Punkten des Paragraf 1, Abschnitt 6, Baugesetzbuch wurde in einer Neufassung des Gesetzes<sup>34</sup> im Jahr 2004 geändert. Danach sind bei der Bauleitplanung insbesondere auch zu berücksichtigen: „10. die Belange der Verteidigung und des Zivilschutzes sowie der zivilen Anschlussnutzung von Militärliegenschaften“. In der Begründung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung heißt es zu diesem Punkt:

„Mit Nummer 10 (bisher Nummer 9) soll der Belang der zivilen Anschlussnutzung militärischer Liegenschaften hinzugefügt werden. Damit soll berücksichtigt werden, dass die Kommunen als Planungsträger einen Anteil an der gesellschaftspolitischen Aufgabe der Konversion ehemaliger militärischer Infrastrukturanlagen und Einrichtungen haben.“<sup>35</sup>

Auch wenn der Gesetzgeber hier vor allem sogenannte Konversionsflächen im Auge hat – also von den Streitkräften der Alliierten oder der Bundeswehr selbst aufgegebenes Terrain –, so ist die Formulierung „, dass die Kommunen als Planungsträger einen Anteil an der gesellschaftspolitischen Aufgabe der Konversion ... haben“ doch von großem Interesse für die Friedenskräfte und sollte auch von der Stadt Augsburg mit ihrem Anspruch als Friedensstadt genutzt werden gegenüber den Rüstungskonzernen.

---

<sup>34</sup> „Gesetz zur Anpassung des Baugesetzbuchs an EU-Richtlinien (Europarechtsanpassungsgesetz Bau - EAG Bau), inkraftgetreten am 20.7.2004, DIP21 Extrakt“. [Online]. Verfügbar unter: <http://dip.bundestag.de/extrakt/15/019/15019292.html>. [Zugegriffen: 14-Dez-2014].

<sup>35</sup> „Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuchs an EU-Richtlinien (Europarechtsanpassungsgesetz Bau – EAG Bau), Gesetzentwurf der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Drucksache 15/2250“, 17-Dez-2003. [Online]. Verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/022/1502250.pdf>. [Zugegriffen: 14-Dez-2014].

## Von einem wenig beachteten Militärforschungsprojekt zum „Soldatentod“ am Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg

An der Universität Augsburg wird zu einem militärischen Thema geforscht: „Eine Rekonstruktion der Rechtfertigung des Soldatentods und deren Auswirkungen auf die Beziehungen von Parlament, Regierung und Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland“. So lautet die Formulierung des Themas in einem Exposé des Forschungsprojekts, wie es vor zwei Jahren formuliert wurde.<sup>36</sup> Die Projektverantwortlichen sind Dr. Ulrich Roos, Universität Augsburg, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung, sowie Dr. Ulrich Franke, Universität Bremen, Institut für interkulturelle und Internationale Studien. Bereits drei Jahre zuvor, auf einem Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)<sup>37</sup> im Jahre 2011, formulierten die beiden den Forschungsgegenstand so:

Mit der deutlichen Zunahme von Todesfällen deutscher Soldaten im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr geht einher, dass ein Thema in den öffentlichen Diskurs zurückkehrt, welches hierzulande bis dato primär mit dem Erfahrungshorizont des Zweiten Weltkrieges in Verbindung gebracht worden ist. Die Wirkungen des „Soldatentods“ stehen im Zentrum eines Forschungsvorhabens [...]: Wie wirkt sich dieses Phänomen auf das Selbstverständnis von Streitkräften demokratisch verfasster Staaten aus? Welchen Einfluss hat es auf Gesellschaft und politische Kultur eines Landes (Stichworte: Re-Militarisierung, Re-Heroisierung, Wiederaufleben überkommen geglaubter Ehrenrituale, Abschottung, etc.). Kommt es zu Verschiebungen im Verhältnis von Armee, Regierung und Parlament? Im Rahmen der hier vorgeschlagenen Skizze eines Forschungsdesigns soll erörtert werden, wie derlei Fragen methodologisch fundiert und methodisch kontrolliert bearbeitet werden können.<sup>38</sup>

Zur wissenschaftlichen Fragestellung führten Franke und Roos aus:

Welche Wertebezüge weisen i) militärische, ii) parlamentarische und iii) regierungsamtliche Kommunikationen zum Soldatentod auf und wie haben sich diese Wertebezüge in den drei zu untersuchenden Teildiskursen im Laufe des Afghanistan-Einsatzes verändert? Der Begriff „Wertebezüge“ ist dabei extensiv zu verstehen: Welche Ideen, Begriffe bzw. Bedeutungen werden diskursiv mit dem Soldatentod verknüpft, auf welche Art und Weise erfolgt dies und welche Entwicklung lässt sich dabei (über Zeit) rekonstruieren?<sup>39</sup>

Ich zitiere das deshalb so ausführlich, um genauer zu erfassen, *was* eigentlich im Zusammenhang mit dem Soldatentod erforscht werden soll, *wie* es erforscht werden soll und *zu welchem Zweck*. Denn, wie heutzutage üblich, enthüllen die Projektverantwortlichen weder ihren eigenen Standpunkt noch den eigentlichen Zweck des

<sup>36</sup> „Exposé des Forschungsprojekts. ‚Eine Rekonstruktion der Rechtfertigung des Soldatentods und deren Auswirkungen auf die Beziehungen von Parlament, Regierung und Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland‘“, 18. Februar 2014. [http://www.philso.uni-augsburg.de/lehrtuehle/politik/politik1/forschung/Forschungsbereich\\_C\\_Entwicklungen\\_deutscher\\_Au\\_enpolitik/Vom\\_Sinn\\_des\\_Soldatentods/soldatentod-pfd/Franke-Roos\\_Soldatentod\\_Expose.pdf](http://www.philso.uni-augsburg.de/lehrtuehle/politik/politik1/forschung/Forschungsbereich_C_Entwicklungen_deutscher_Au_enpolitik/Vom_Sinn_des_Soldatentods/soldatentod-pfd/Franke-Roos_Soldatentod_Expose.pdf).

<sup>37</sup> „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK): AFK Home“. Zugegriffen 6. April 2016. <http://www.afk-web.de/afk-home.html>. Seit 2010 erhält die AFK finanzielle Unterstützung durch die Friedensstadt Augsburg und die Universität Augsburg zur Einrichtung der AFK-Geschäftsstelle an der Universität Augsburg.

<sup>38</sup> „Panel: Auswirkungen der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Eine Rekonstruktion der Wirkungen des Soldatentods. Skizze eines Forschungsvorhabens, Beitrag von Ulrich Franke, Universität Bielefeld und Ulrich Roos, Universität Augsburg, AFK-Kolloquium 2011, Villigst“, September 2011. [http://www.afk-web.de/fileadmin/afk-web.de/data/zentral/dokumente/Paperroom\\_2011/Roos\\_Frank\\_Abstract\\_CV\\_01.pdf](http://www.afk-web.de/fileadmin/afk-web.de/data/zentral/dokumente/Paperroom_2011/Roos_Frank_Abstract_CV_01.pdf).

<sup>39</sup> „Eine Rekonstruktion der Wirkungen des Soldatentods. Skizze eines Forschungsvorhabens, Vortrag auf dem 43. Jahreskolloquium der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK) an der Evangelischen Akademie Villigst, 7.-9. April 2011, Ulrich Franke, Universität Bielefeld und Ulrich Roos, Universität Augsburg“, 7. April 2011. [http://www.philso.uni-augsburg.de/de/lehrtuehle/politik/politik1/forschung/Forschungsbereich\\_C\\_Entwicklungen\\_deutscher\\_Au\\_enpolitik/Vom\\_Sinn\\_des\\_Soldatentods/soldatentod-pfd/Franke\\_Roos-AFK2011-Soldatentod.pdf](http://www.philso.uni-augsburg.de/de/lehrtuehle/politik/politik1/forschung/Forschungsbereich_C_Entwicklungen_deutscher_Au_enpolitik/Vom_Sinn_des_Soldatentods/soldatentod-pfd/Franke_Roos-AFK2011-Soldatentod.pdf).

Projekts. Dies ist, was Augsburg betrifft, nicht untypisch für den Lehrstuhl Friedens- und Konfliktforschung unter Leitung von Prof. Christoph Weller.

Die Stichworte, die die Projektverantwortlichen Franke und Roos angeben: „Re-Militarisierung, Re-Heroisierung, Wiederaufleben überkommen geglaubter Ehrenrituale“, klingen zunächst eher kritisch. Denn eine Heroisierung des Soldatentodes und die Wiederaufnahme von Wehrmachtsritualen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit scheinen zur Zeit immer noch undenkbar. Auch die Fragestellung, welche Wertebezüge die parlamentarische und regierungsamtliche Kommunikation zum Soldatentod aufweist, speziell im Laufe des Afghanistan Einsatzes, könnte zu einer bohrenden Frage werden: für welche Werte, für welche politische Ordnung und für welche außenpolitischen Ziele sind die Soldaten eigentlich gestorben? Und was kommunizieren hierzu die Bundesregierung und das Parlament oder auch das Militär selbst?

Anerkannte Experten auf diesem Gebiet sind Manfred Hettling, Professor für neuere und neueste Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, und Jörg Echternkamp, Privatdozent ebenda und Projektbereichsleiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam. 2007 befassten sie sich als Tagungsleiter mit dem „Tod des Soldaten als demokratische Herausforderung“. Anlass war das von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung 2006 angekündigte Ehrenmal für Bundeswehrsoldaten in Berlin auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums. In einer Veranstaltungsskizze für die Tagung, die übrigens durch die Thyssen Stiftung finanziert wurde, stellten die Professoren ein großes Manko fest:

Den Zweck des geplanten Denkmals beschreibt Verteidigungsminister Jung folgendermaßen: „Gemeinsames Trauern und Gedenken“ sollen den Angehörigen und „Kameraden“ helfen, den Verlust zu verarbeiten. Darüber hinaus werde das Denkmal „persönliche Pflichterfüllung“ und „treue(s) Dienen“ würdigen. Es werde, so Jung, kein Sonderstatus für Soldaten beansprucht. Indem aber Qualitäten wie Dienst und Pflichterfüllung gewürdigt werden, wird der Soldat nicht als Bürger – als „Bürger in Uniform“ dargestellt, sondern als Funktionsträger, dessen Tätigkeit mit einem besonderen persönlichen Einsatz verbunden sein kann. Den spezifisch politischen Auftrag des Soldaten hingegen und damit die Frage nach der politischen Legitimation kriegerischer Mittel soll das geplante Denkmal, folgt man Jungs Ankündigung, nicht zum Ausdruck bringen.<sup>40</sup>

Manfred Hettling und Jörg Echternkamp sprechen von einem *offensichtlichen politischen Defizit*:

... zu offensichtlich ist derzeit das politische Defizit. Weder findet eine politische Debatte über eine derart wichtige Frage staatspolitischer Symbolik und Legitimation statt. Noch wird versucht, den politischen Rahmen – den Wertbezug – des Einsatzes militärischer Gewalt zu formulieren. Darin aber liegt die eigentliche Herausforderung, der Verteidigungsminister Jung mit seiner Initiative bisher ausweicht: eine Symbolisierung der politischen Wertgrundlage für militärischen Einsatz. Die bundesdeutsche Diskussion hat sich in den letzten Jahren darauf beschränkt, die parlamentarische Zuständigkeit zu betonen; eine Verständigung über mögliche politische Grundsätze steht indes noch aus.<sup>41</sup>

Drei Ebenen seien beim Totengedenken zu unterscheiden. „Erstens die zivile Bestattung, zweitens die innermilitärische Erinnerung, drittens das staatspolitische Gedenken.“ Schon beim *innermilitärischen* Gedenken erkennen die Professoren Defizite, die auf Dauer nicht haltbar seien. Erst recht analysieren sie beim *staatspolitischen* Gedenken einen unhaltbaren Zustand:

Für die Bundesrepublik Deutschland besteht damit ein zweifaches Problem – die geplante Tagung will dieses benennen und genauer bestimmen.

<sup>40</sup> „Tagung: Tod des Soldaten als demokratische Herausforderung. Ein internationaler Vergleich, geleitet von: Manfred Hettling (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Jörg Echternkamp (Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam) (finanziert durch die Thyssen Stiftung), Wissenschaftszentrum Berlin“, Oktober 2007. <http://www.geschichte.uni-halle.de/mitarbeiter/hettling/forschung/soldatentod/>.

<sup>41</sup> Ebd.

Erstens bestehen zwar zivile und innermilitärische Symbolformen und Ritualisierungen. Sowohl Angehörige als auch militärische Verbände greifen auf etablierte Trauer- und Erinnerungsformen zurück. Diese aber haben kaum Möglichkeiten, den gewaltsamen Tod zu thematisieren. Langfristig dürfte zu bezweifeln sein, ob eine militärische Institution wie die Bundeswehr auf derartige Rituale verzichten kann. Aus Gründen der inneren Akzeptanz und der Mobilisierung der Soldaten für gefährliche Einsätze wird die Bundeswehr zu einer Modifikation der bisherigen Praxis gezwungen sein. Zweitens – und politisch weit gewichtiger – fehlt der Bundesrepublik die Möglichkeit, kriegerischen Tod staatspolitisch zu symbolisieren und damit zu legitimieren. Spätestens wenn explizit Kampfeinsätze parlamentarisch diskutiert und beschlossen werden, wird diese Leerstelle zu einem eminenten politischen Problem werden. Denn wer Soldaten zu aktivem kriegerischem Handeln entsendet, kann die Gefallenen kaum als „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ erinnern.<sup>42</sup>

Aus dieser aufschlussreichen Analyse wird z. B. auch klar, warum der Volkstrauertag sich nicht eignet, der neuen Kriegstoten zu gedenken. Denn das Gedenken am Volkstrauertag ist untrennbar verbunden mit der Formel, an die „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ zu erinnern. Dieser Formel liegt eine politische Heimtücke zu Grunde – unseres Wissens zur Zeit Lübkes entwickelt –, die Jost Dülffer auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum so beschrieb:

Deutschland wiederum stehe vor einem besonderen Dilemma: Ein Gedenken an tote deutsche Zivilisten geschweige denn Soldaten war besonders problematisch, weil es immer auch Täter mit einschloss. Daher entwickelte sich ein Gedenkbrei: „Den Opfern von Krieg und Gewalt“, der tote Deutsche als auch von deutschen Getötete einschloss.<sup>43</sup>

Zu diesem Problem sei auch Klaus Naumann vom Hamburger Institut für Sozialforschung und Mitherausgeber der Zeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* herangezogen, der sich auf der gleichen Tagung in etwa so äußerte:

Am Abend räsonierte KLAUS NAUMANN (Hamburg) über das Ausbleiben der öffentlichen Reaktion bezüglich des Ehrenmals des BMVg. Der Grund sei für ihn eine „Leerstelle“ in der Gedenkkultur, die sich bisher vornehmlich um Opfergedenken und damit um die Vergangenheit drehte. Das geplante Ehrenmal beziehe sich aber auf die (ungeklärte) Gegenwart, die Soldaten im Einsatz seien keine Opfer im herkömmlichen Sinne, sondern von der Republik entsandte Freiwillige. Die Politik stelle die toten Soldaten jedoch als Opfer von Fremdeinwirkung dar und entziehe sich damit ihrer eigenen Verantwortung als entsendende Instanz.<sup>44</sup>

Die Tagung in Loccum wurde von der Evangelischen Akademie in Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung im Jahr 2008 organisiert unter dem Thema „Soldatentod in heutigen Kriegen – Herausforderungen für politische Normenbildung und Erinnerungskultur.“ Das war also ein Jahr nach der oben erwähnten, von der Thyssen Stiftung finanzierten und von Hettling und Echternkamp geleiteten Tagung.

Schon in der Einführung auf dieser Tagung brachte Corinna Hauswedell, damals Studienleiterin für internationale Politik, Konflikte und Geschichte an der evangelischen Akademie Loccum „ein spezifisch deutsches, doppeltes Dilemma“ auf den Punkt: „Weder gebe es eine staatspolitische Rason und Legitimation für

---

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Bentje Woitschach. „Soldatentod in heutigen Kriegen – Herausforderungen für politische Normenbildung und Erinnerungskultur. Loccum: Evangelische Akademie Loccum in Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Niedersachsen und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 06.06.2008-08.06.2008. Reviewed by Bentje Woitschach, H-Net Reviews in the Humanities & Social Sciences“. *H-Soz-u-Kult*, Juli 2008. <http://www.h-net.org/reviews/showpdf.php?id=26613>.

<sup>44</sup> Ebd.

aktives kriegerisches Handeln, noch existierten positive Konnotationen bzw. Ritualisierungen für den gewaltsamen Tod von Soldaten und Zivilisten im Krieg.<sup>45</sup>

Angesichts dieses Zustands, der ja eigentlich großen Spielraum für pazifistische Politik lässt, fragt man sich unwillkürlich, ob wir als Pazifisten diesen Spielraum ausreichend erkennen und nutzen. Im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt Augsburg/Erlangen zum Soldatentod schimmert die Fragestellung von Franke/ Roos *Welche Wertebezüge weisen militärische, parlamentarische und regierungsamtliche Kommunikationen zum Soldatentod auf* in einem etwas eigenartigen Licht. Wenn es laut den Loccumer Experten *keine staatspolitische Raison und Legitimation für aktives kriegerisches Handeln und dessen Folgen* gibt, wird die Frage nach den *Wertebezügen* dieses Handelns irgendwie obsolet bzw. höchst schwierig. Franke/ Roos kennen diese Ausgangslage, wie aus der dreiseitigen Liste von Publikationen zum Thema in ihrem Exposé hervorgeht<sup>46</sup> und sie geben auch direkt eine Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern wie Manfred Hettling und Klaus Naumann an. Im Exposé ihres Forschungsprojekts zum Soldatentod beschreiben Franke/ Roos ihre Fragestellung so:

... erweist sich die Frage als zentral, wie gerechtfertigt wird, dass Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik als Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr einer erhöhten Gefahr ausgesetzt werden, in kriegerischen Auseinandersetzungen getötet zu werden. Wofür sollen deutsche Streitkräfte also bereit sein, ihr Leben im Rahmen von Auslandseinsätzen zu riskieren? Die Antwort auf diese grundlegende Frage, die nicht allein die Streitkräfte, sondern jeden Bürger unseres Gemeinwesens angeht, formuliert zugleich die grundlegenden Gehalte des Sinnggebungsnarrativs deutscher Außenpolitik mit. Denn, so lautet die hier vertretene Annahme, das Risiko für Leib und Leben der Schutzbefohlenen macht es unweigerlich notwendig, dass die Regierung nur solche Einsätze anordnet und das Parlament nur solchen Einsätzen zustimmt, die der Erreichung besonders zentraler Ziele deutscher Außenpolitik dienen und den grundlegenden Werten des deutschen Staats und seiner Außenpolitik entsprechen. Die Sinnggebungsnarrative bezüglich des „Soldatentods“ geben also immer auch Aufschluss über die grundlegenden Ziele und Werte deutscher (Außen-) Politik. Diese grundlegenden Ziele und Werte zu rekonstruieren und nach ihrer Entwicklung zu fragen, ist angesichts der allgemeinen Debatte um die Zukunft der deutschen Außenpolitik, deren angeblich fehlender „Grand Strategy“ bzw. dem Fehlen eines klaren Koordinaten- und Wertesystems von hoher gesellschaftlicher Relevanz.<sup>47</sup>

So neutral sich Franke/ Roos auch geben, stellen sie doch Fragen, die an Tabus rühren. *Wofür* sollen deutsche Streitkräfte ihr Leben bei Auslandseinsätzen riskieren? Das politische Establishment, die Machthaber, wollen diese Frage in aller Öffentlichkeit so nicht gestellt haben. Dass *diese grundlegende Frage nicht allein die Streitkräfte, sondern jeden Bürger der deutschen Gesellschaft angehe*, sind auch nicht unbedingt einhellige Auffassung und Wille der politischen Nomenklatura. Die Verknüpfung von Militäreinsätzen und Soldatentod mit den *Zielen der deutschen Außenpolitik* ist sicher gegeben, aber dies offen auszusprechen, ist eine andere Sache. *Die grundlegenden Werte des deutschen Staates und seiner Außenpolitik gar zu „rekonstruieren“* – womöglich noch aus dem Soldatentod herzuleiten –, kann für die Machthaber in Deutschland sogar gefährlich werden.

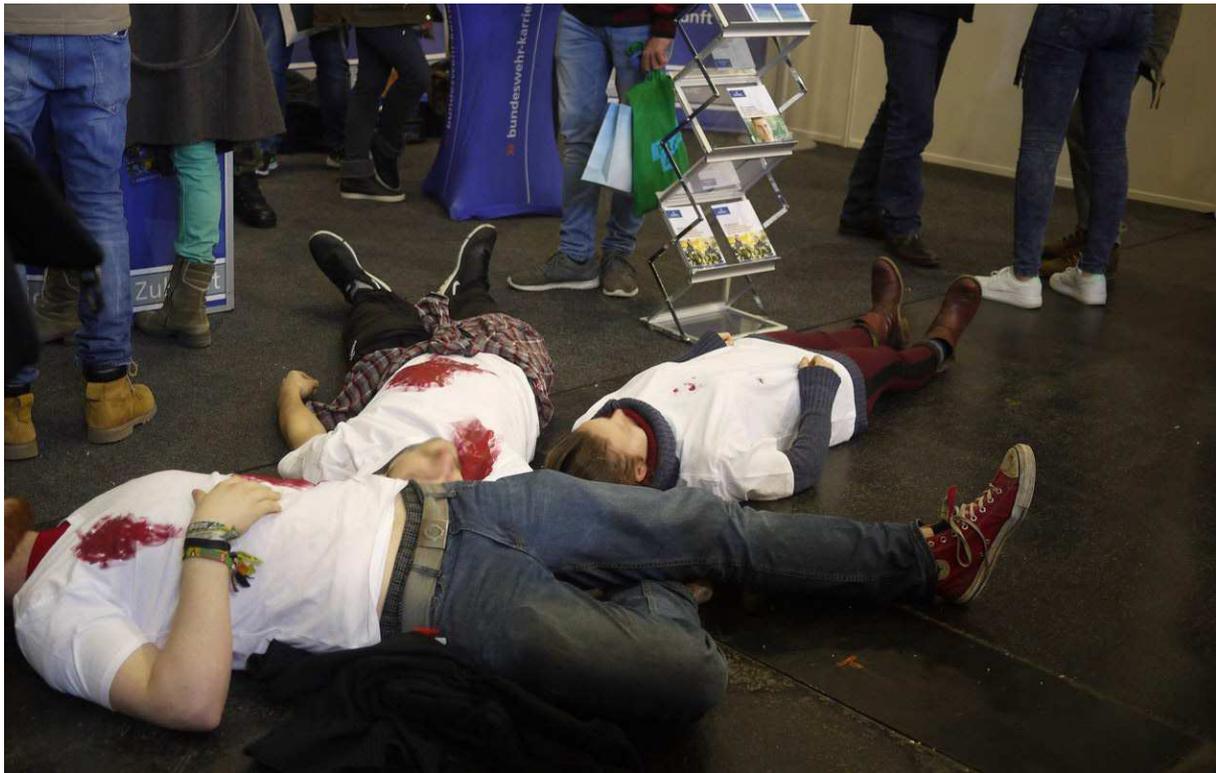
Vor allem, wenn man dies so ungerührt, zwanglos und offen zu tun gedenkt, wie das Franke/ Roos ankündigen. Im gleichen Jahr 2010, als die beiden anfangen, ihr Forschungsprojekt über den Soldatentod zu entwickeln, erschienen auch ihre beiden Dissertationen zur zentralen Thematik Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>48</sup>

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Exposé des Forschungsprojekts, a. a. O., S. 14-16

<sup>47</sup> Exposé des Forschungsprojekts, a. a. O., S. 4

<sup>48</sup> Roos, Ulrich. Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln. Springer-Verlag, 2010.  
Franke, Ulrich. Die Nato nach 1989: Das Rätsel ihres Fortbestandes. Springer-Verlag, 2010.



**Der Soldatentod aus Sicht derjenigen, die dafür infrage kommen. Die Ortsgruppe der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend schreibt: Ausschlafen gegen die Bundeswehr? Na klar! Gestern war wieder mal Fit for Job-Messe in Augsburg. Auch die Bundeswehr hat sich dort als stinknormaler Arbeitgeber ausgegeben und hat mit „attraktiven Jobangeboten“ geworben. Wir sagen: OHNE UNS! Bundeswehr abschaffen! Sofortige Enteignung aller Rüstungskonzerne! Refugees Welcome! SdAJ Augsburg, 28.2.2016 <https://www.facebook.com/sdaj.augsburg/>**

Franke/Roos kündigen in ihrem Exposé an, die Ergebnisse ihrer Dissertationen und die entwickelten Forschungsmethoden/Theorien auch bei dem Forschungsprojekt zum Soldatentod einzusetzen.

Ihr Vorhaben mit dem Forschungsprojekt zum Soldatentod bzw. ihr Angebot an die Sponsoren (Drittmittelgeber) erschließt sich eigentlich erst, wenn man diese Vorarbeiten mit einbezieht. So hat Ulrich Roos schon bei seiner mächtigen Dissertation zur deutschen Außenpolitik deren „grundlegende Handlungsregeln“ herausdestilliert. Dort und in weiteren Arbeiten<sup>49</sup> will er über diese grundlegenden Handlungsregeln „eine kohärente, in sich widerspruchsfreie »Theorie« deutscher Außenpolitik“<sup>50</sup> liefern. Die „rekonstruierten zentralen Handlungsregeln deutscher Außenpolitik“ würden die Überzeugungen darstellen, die der Außenpolitik der Bundesregierung zu Grunde liegen. Und wie gesagt, die deutschen Militäreinsätze und das Sterben der Soldaten dienen nach Roos' Aussage diesen Handlungsregeln und sind durch sie begründet.

Ich möchte aus diesen zentralen Handlungsregeln etwas ausführlicher zitieren, denn sie sind in dieser dichten Zusammenstellung erschütternd<sup>51</sup>:

Die Bundesregierung ist davon überzeugt,

A) dass die Gestaltung von Außenpolitik in besonderem Maße von der Größe der eigenen Potentiale in Relation zu anderen Staaten bestimmt wird; ...

<sup>49</sup> Ulrich Roos. „Ulrich Roos: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Zwischen ernüchtertem Idealismus und realpolitischem Weltordnungsstreben, Zeitschrift für Internationale Beziehungen 19. Jg. (2012) Heft 2, S. 7 – 40“, 2012. [http://www.ewerk.nomos.de/fileadmin/zib/doc/Aufsatz\\_ZIB\\_12\\_02.pdf](http://www.ewerk.nomos.de/fileadmin/zib/doc/Aufsatz_ZIB_12_02.pdf).

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Ulrich Roos. „9.2.8 Zusammenfassung der zentralen Befunde der Arbeit und Beantwortung der beiden Forschungsfragen. Darstellung der rekonstruierten zentralen Handlungsregeln deutscher Außenpolitik, in“: 2008. [https://www.philso.uni-augsburg.de/lehrstuehle/politik/politik1/mitarbeiter/roos/pdfs/53\\_Handlungsregeln\\_deutscher\\_Au\\_enpolitik\\_Roos\\_2008.pdf](https://www.philso.uni-augsburg.de/lehrstuehle/politik/politik1/mitarbeiter/roos/pdfs/53_Handlungsregeln_deutscher_Au_enpolitik_Roos_2008.pdf).

- C) dass sie (die Bundesregierung) durch eine enorm große Effizienz die außenpolitischen Potentiale Deutschlands so steigern kann, dass Deutschland ihr als „Großmacht durch Effizienz“ gilt; ...
- K) dass nicht die gesellschaftlichen Präferenzen Außenpolitik bestimmen sollen, sondern die davon unabhängige Staatsräson den Vorrang genießen müsse, so dass sich im Zweifel die gesellschaftlichen Vorstellungen der Staatsräson anzupassen haben und nicht umgekehrt;
- L) dass die Vergangenheit des deutschen Staatswesens keine generell beschränkende Wirkung auf die gegenwärtigen und zukünftigen Außenpolitiken ausüben sollte;
- M) dass die deutsche Verantwortung nicht an die deutsche Vergangenheit gekoppelt ist, sondern an Deutschlands gegenwärtigen Potentialen. Verantwortung ist nicht mehr Verpflichtung sondern bedeutet, Gestaltungsansprüche zu erheben;
- N) dass nicht die Herrschaft des Rechts die internationalen Beziehungen bestimmt, sondern das Recht des Stärkeren; ...
- P) dass die größte Verantwortung für die Ausgestaltung einer kooperativen Weltordnung nicht unteilbar in den Händen der Weltgemeinschaft liegt, sondern bei den besonders mächtigen Nationalstaaten und Gruppierungen; ...
- R) dass das wichtigste Ziel deutscher Außenpolitik die weltweite Durchsetzung der nationalen Wertvorstellungen unter der Berücksichtigung des Stabilitätsgebots sein soll; ...
- T) dass zwischen dem vereinten Deutschland und dem Deutschen Reich eine von 1945 bis 1990 zwischenzeitlich unterbrochene historische Kontinuität besteht. ...
- a) dass den deutschen Interessen der Vorrang vor gemeinsamen europäischen Interessen gebührt;...
- g) dass sich die Integrationsbemühungen am Leitbild des europäischen Deutschland in einem deutschen Europa zu orientieren haben;
- h) dass nicht allein Deutschland in Europa, sondern auch Europa in Deutschland verankert werden soll; ...
- j) dass nur mit Deutschland und unter deutscher Führung eine bessere Zukunft Europas denkbar ist;
- k) dass kein Unterschied zwischen Integrationspolitik und Hegemoniestreben besteht; stattdessen geht die Bundesregierung davon aus, dass sich Hegemonie nur durch Integration erreichen lässt; ...
- n) dass die GASP die konsequente machtpolitische Antwort auf das sich immer stärker ausprägende multipolare Weltsystem darstellt;
- o) dass die EU zur führenden Weltmacht im neuen multipolaren Weltsystem ausgeformt werden muss; ...
- r) dass die deutschen Werte in der EU, der NATO und weltweit durchgesetzt werden sollen – auch in Konkurrenz zu den Werten der deutschen Partner; ...
- t) dass die zwischen den Staaten bestehende Interdependenz ein Interventionsrecht einiger besonders starker Mächte in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten begründet;
- u) dass jene Regionen und Staaten, die selbst keinen handlungsfähigen Pol im neuen Weltsystem auszubilden vermögen, möglichst eng an die EU gebunden und in deren Kraftfeld integriert werden sollen; ...
- w) dass nicht die Emanzipation von der NATO, sondern die Emanzipation von den USA Ziel der EU sein muss. ...
- y) dass die deutsche Beteiligung an Militärmissionen die grundlegend notwendige Bedingung für die Fortentwicklung der deutschen Sicherheitspolitik hin zur Weltordnungspolitik – orientiert an den nationalen Interessen – darstellt;

z) dass im Rahmen der Weltordnungspolitik Militäreinsätze Verantwortungsübernahme symbolisieren und als Tauschware für Ansehen und Gestaltungsansprüche eingesetzt werden sollen, weshalb die Bundeswehr sich zu einer Armee im Einsatz entwickeln musste; ...

bb) dass das Völkerrecht entlang der eigenen nationalen Interessen in als besonderen Krisen definierten Momenten zunächst gebeugt und in einem weiteren Schritt umgeschrieben werden soll;

cc) dass internationale Organisationen und Institutionen das eigene Handeln – wann immer möglich – zusätzlich legitimieren sollen, aber keinesfalls im Ernstfall begrenzen dürfen;

dd) dass im Zweifel nicht der peinlichen Beachtung des Völkerrechts und der Anerkennung des Gewaltmonopols des Weltsicherheitsrats die Priorität zukommt, sondern der Verwirklichung der eigenen weltordnungspolitischen Überzeugungen – notfalls im Rahmen handlungsfähiger Ersatzwertgemeinschaften; ...

ff) dass die strikte Trennung von Innen- und Außenpolitik nicht mehr zeitgemäß ist;

gg) dass die unbedingte Opferbereitschaft der Soldatinnen eine Unterstützung der Bundeswehreinätze durch das Parlament ebenfalls unbedingt begründet.

Im Grunde ist dies moderner Imperialismus in Reinkultur.

In einem unveröffentlichten Anhang zu seiner Dissertation zeigte Ulrich Roos minutiös auf über 500 Seiten, wie er diese Handlungsregeln deutscher Außenpolitik aus den schriftlich geronnenen Sprechakten der damals führenden Politiker, Außenminister, Verteidigungsminister und der Bundesregierung – Kinkel, Rühe, Stoltenberg, Schröder ... – herausdestillierte. Roos nahm dazu auch eine detaillierte Sprachanalyse der verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 vor. In den Kommentaren Roos' zu den Zitaten scheinen nicht nur Verblüffung, sondern offensichtlich auch leichtes Entsetzen durch über den ungenierten begrifflichen Wandel von der Verteidigungs- zur globalen Sicherheitspolitik, vom Bevölkerungsschutz zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren etc.<sup>52</sup>

Diese umfassende Studie Roos' im Rahmen seiner Dissertation stammt aus dem Jahr 2008. Das sind also sechs Jahre vor dem Exposé zum Soldatentod. Man fragt sich unwillkürlich, welchen Standpunkt Dr. Ulrich Roos heute dazu einnimmt. Das erfährt man im Exposé des Forschungsprojekts zum Soldatentod und den in diesem Zusammenhang veröffentlichten Beiträgen und Vorträgen aber nicht, zumindest nicht aus dem Material, das ich durchgesehen habe. Stattdessen schützen Franke/Roos ein rein wissenschaftliches Interesse vor, dass sich in ihrem Exposé dann so anhört<sup>53</sup>:

Im Forschungsstand herrscht große Einigkeit darüber, dass die spezifischen, an den Soldatentod geknüpften Sinngebungen und Rechtfertigungen einen besonders lohnenden Untersuchungsgegenstand sozialwissenschaftlicher Analyse darstellen. Dies nicht allein weil sich aus der Rekonstruktion der in Zusammenhang mit dem Soldatentod formulierten Antworten auf die Frage nach dessen Sinn wichtige Rückschlüsse auf den außenpolitischen Kurs und das Selbstverständnis deutscher Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik ziehen lassen, sondern auch, weil diese Rechtfertigungsdiskurse Aufschluss über die Entwicklung der inneren Verfasstheit der Bundesrepublik ermöglichen und den Blick lenken auf die demokratietheoretisch höchst relevante Frage nach den Beziehungen von Parlament, Regierung und Streitkräften. Eine systematische Rekonstruktion dieser Diskurse ist seitens der Wissenschaft bislang noch nicht erfolgt und soll im Rahmen des angestrebten Forschungsvorhabens unternommen werden.

Da Franke/Roos aber Drittmittel einwerben wollen und dies meines Erachtens durchaus auch Mittel der Bundesregierung, des Verteidigungs- oder Außenministeriums oder der Bundeswehr sein können, muss das

<sup>52</sup> Ulrich Roos. „Handlungsregeln deutscher Außenpolitik. Die Entwicklung der grundlegenden Überzeugungen deutscher Außenpolitik nach der Vereinigung, Kodierschema, nicht veröffentlichter Anhang zur Dissertationsschrift ‚entidealisierte Weltordnungspolitik unter multipolaren Bedingungen? Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln deutscher Außenpolitik nach der Vereinigung‘“, 2008. [https://www.philso.uni-augsburg.de/lehrstuehle/politik/politik1/lehre\\_und\\_studium/pdf-Sammlung/Kodierschema-Roos-2008b.pdf](https://www.philso.uni-augsburg.de/lehrstuehle/politik/politik1/lehre_und_studium/pdf-Sammlung/Kodierschema-Roos-2008b.pdf).

<sup>53</sup> Exposé des Forschungsprojekts, a. a. O., S. 9

Forschungsprojekt zum Soldatentod nicht nur wissenschaftlichen Zwecken dienen, sondern würde dadurch auch einen Touch von Politikberatung bekommen. Und zwar meiner Meinung nach durchaus auch Politikberatung für die Bundeswehr bzw. das Verteidigungsministerium.

Und dafür spräche auch die Einbeziehung des damaligen Wehrbeauftragten des Bundestags, Reinhold Robbe. Im Februar 2010 gelang es Ulrich Roos, den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, in sein Forschungsseminar an die Universität Augsburg zu holen. Im Pressedienst der Universität Augsburg wurde mitgeteilt, dass Roos ein *Drittmittelprojekt* „Vom Tabu zur Routine? Die Haltung der Exekutive zum Soldatentod“ entwickle.<sup>54</sup> Reinhold Robbe betonte bei dieser Gelegenheit, dass dem Forschungsprojekt der Augsburger Politikwissenschaftler eine große Bedeutung zukomme, weil es eine Ausnahme darstelle und den Verdrängungstendenzen innerhalb von Politik und Gesellschaft gegenüber diesem Thema wissenschaftlich entgegenwirke. Robbe versicherte auch, dass er über seine Teilnahme am Forschungsseminar hinaus „gerne Ansprechpartner bleiben und Unterstützung leisten“ werde. Robbe:

Der Umgang mit dem Soldatentod sei ein ebenso brisantes wie schwieriges Thema und eine große Herausforderung an die Gesellschaft. Ihm liege dieses Thema besonders am Herzen, zumal es in der Öffentlichkeit noch kaum angekommen sei, sagte Robbe. Bis vor kurzem noch hätten Vertreter der Bundeswehr – unter ihnen auch Ex-Verteidigungsminister Jung, von „verletzten“ bzw. „getöteten“ Soldaten gesprochen. Als Wehrbeauftragter habe er sich auch persönlich für eine Entwicklung eingesetzt, in der diese gewissermaßen wertneutrale Wortwahl von einer klaren Benennung der Realitäten abgelöst wird und dementsprechend von „Verwundeten“ oder „Gefallenen“ die Rede ist.

Wie es aussieht, hat der Wehrbeauftragte des Bundestags Reinhold Robbe damals den Augsburger Jungwissenschaftler Roos offensichtlich zu einer klaren, eher martialischen Sprache ermutigt. Schon in den Jahren zuvor äußerte der Wehrbeauftragte Robbe in seinen Jahresberichten Besorgnis über die Moral der Truppe in Afghanistan und führte dies auch auf ein im besten Fall „freundliches Desinteresse“ der Parlamentarier des Deutschen Bundestages zurück.<sup>55</sup> Die Beteiligung der Bundeswehr am ISAF-Einsatz in Afghanistan war dermaßen umstritten auch in den eigenen Reihen der Regierungsparteien und politisch gegenüber der Bevölkerung kaum durchsetzbar, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder wiederholt die über eine Hilfestellung für die Afghanen beim Aufbau ihres Landes hinausgehende militärische Rolle der Soldaten bagatellierte. Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt: „Am Ende musste Schröder, um den notwendigen Rückhalt für eine Entsendung der Bundeswehr zu erhalten, mit dem eigenen Rücktritt drohen. Er erhielt ihn mit nur zwei Stimmen mehr als unbedingt notwendig – im knappsten Vertrauensvotum seit Bestehen des Bundestags. Den Einsatz als Hilfe und Unterstützung zu formulieren – und damit in Einklang mit der traditionellen Betonung friedlicher Konfliktlösung zu bringen –, spielte gewiss eine entscheidende Rolle.“<sup>56</sup>

Reinhold Robbe, auf den sich Roos stützt und mit dem Franke/ Roos laut Exposé ihres Forschungsprojekts zusammenarbeiten, wirkte massiv auf eine öffentliche Anerkennung der Bundeswehr und erst recht die Ehrung ihrer Toten hin. Auch nach seiner Amtszeit als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages (2005-2010), in der er bessere Bezahlung der Soldaten, bessere Ausbildung und bessere Ausrüstung anstrebte und sich gegen eine Beschönigung des Afghanistan Einsatzes durch die Militärführung wandte, – engagierte sich Robbe für das Soldatentum in der Gesellschaft. So ist er unter anderem Vizepräsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, der es um deutsche Sicherheitspolitik und die Einbindung Deutschlands in die NATO geht. Den Vorsitz hat hier Christian Schmidt (CSU), langjähriger parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. Robbe engagiert sich weiterhin etwa am Runden Tisch „Solidarität mit

<sup>54</sup> „Getötet oder gefallen? Veranstaltung über den ‚Soldatentod‘ mit dem Wehrbeauftragten Robbe, Lehrstuhls Friedens- und Konfliktforschung (Dr. Ulrich Roos)“. *Pressedienst Universität Augsburg*, 9. Februar 2010. [http://www.presse.uni-augsburg.de/unipressedienst/2010/jan-maerz/2010\\_025/](http://www.presse.uni-augsburg.de/unipressedienst/2010/jan-maerz/2010_025/).

<sup>55</sup> Kaare Dahl Martinsen. „Totgeschwiegen? Deutschland und die Gefallenen des Afghanistan-Einsatzes“. *Bundeszentrale für politische Bildung bpb*, 21. Oktober 2013. <http://www.bpb.de/apuz/170806/deutschland-und-die-gefallenen-des-afghanistan-einsatzes?p=all>.

<sup>56</sup> Ebd.

Soldaten“ und ist Schirmherr des Vereins „Frontkultur“ zur Förderung des Dialogs zwischen Soldaten und der Zivilgesellschaft, vor allem bei Kulturprojekten.<sup>57</sup> Im Jahr 2010 machte Robbe einen – erfolglosen – Vorstoß zur Einführung eines Veteranentages in Deutschland. Dafür schlug er das niederländische Verständnis eines Veteranen vor, wonach jeder Soldat ein Veteran sei, wenn er einmal im Ausland war. In diesen Veteranentag einbezogen werden müssten alle Angehörigen der Bundeswehr.<sup>58</sup>

Seit sechs Jahren steht also ein sogenanntes „Drittmittelprojekt“ mit Unterstützung des Wehrbeauftragten des Bundestags, der sich 2010 zwischen Kundus-Untersuchungsausschuss und Münchner Sicherheitskonferenz noch extra die Zeit nahm, an dem Forschungsseminar in Augsburg teilzunehmen.<sup>59</sup> Unerfindlich für uns, dass dieses Forschungsprojekt von Friedenskräften in Augsburg weder an der Universität noch außerhalb aufs Korn genommen, ja nicht einmal beachtet wurde.

Meine Anfrage bei Ulrich Franke (Uni Bremen), Ulrich Roos und Professor Weller (Uni Augsburg) vom 31. März nach Fortschritten und Ergebnissen des Forschungsprojekts *Vom Sinn des Soldatentods* wurden bezeichnenderweise von den Augsburgern bis dato nicht beantwortet. Ulrich Franke antwortete mir, dass verschiedene Anträge seinerseits und von Herrn Roos auf externe Finanzierung des Forschungsprojekts nicht bewilligt worden seien. Dadurch sei es zu gehörigen Verzögerungen gekommen, Ergebnisse lägen derzeit noch nicht vor. Sie seien aber sehr zuversichtlich, dass sich dies in den nächsten Jahren ändern werde.

Bei einer Vorstellung des Projekts auf der Homepage der Universität Bremen wird eine Laufzeit vom 1. März 2014 bis 28. Februar 2015 angegeben und das Projekt als *Eigenprojekt* klassifiziert. Als Projektpartner werden hier wie auch in Augsburg Reinhold Robbe (Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages a. D.) angegeben, darüber hinaus aber unter anderen auch André Wüstner (Deutscher Bundeswehrverband) und Angelika Dörfler-Dierken (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr). Daraus kann man schon schließen, dass der Schulterschluss mit der Bundeswehr gesucht wird, vielleicht auch gefunden wurde. Im Exposé, das auf der Homepage der Universität Augsburg veröffentlicht ist, kommt im Abschnitt *Publikationsstrategie* die Absicht vor, die Ergebnisse des Forschungsprojekts auch im Militär zu kommunizieren und dafür auch Flyer zu erstellen für alle am Thema interessierten „Verbände“.<sup>60</sup>

Aufzuklären wäre also, ob die ursprüngliche Bezeichnung als *Drittmittelprojekt* tatsächlich zu Zahlungen von außeruniversitären Auftraggebern geführt hat und wer diese Auftraggeber waren. Aufzuklären wäre auch, welche Sponsoren bisher angefragt wurden und warum dies bisher ohne Erfolg blieb. Aufzuklären wäre auch, welche Drittmittelgeber man momentan im Auge habe.

Es stellt sich die Frage, warum die Drittmittelanträge abgelehnt wurden beziehungsweise werden. Die Herrschenden werden sich sagen, *warum* sie das Militär einsetzen und *wofür* sie die Soldaten in den Tod schicken, wüßten sie schon selber. Dafür bräuchten sie niemand, der ihre Diskurse analysiert. Im Gegenteil, sie wollten auf keinen Fall, dass ihre Kriegsziele offen genannt werden. Sie suchen nach Gründen, die in der Öffentlichkeit genannt werden können und einleuchten, die aber die eigentlichen Kriegsziele verhüllen. Sie brauchen eine Kriegspropaganda, die greift, aber die Ziele ihrer Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Kriegspolitik verbirgt. Auch Hitler hat sich gehütet, seine Kriegsziele offen auszusprechen. Die Bundesregierung und die Militärführung scheinen erhebliche Zweifel zu haben, ob ihnen das Forschungsvorhaben von Ulrich/Roos in dieser Hinsicht nutzen kann. Deshalb gibt es vorderhand kein Geld.

Die Kunst wäre – wie Herfried Münkler, einer der führenden konservativen Professoren für Politikwissenschaft sagt –, „an Symboliken [zu] arbeiten, in denen einerseits diese Leute [tote Soldaten, Red.] in angemessener Weise gewürdigt werden und andererseits das Militär die Möglichkeit hat, sich als heroische Gemeinschaft in

<sup>57</sup> Nach Wikipedia [https://de.wikipedia.org/wiki/Reinhold\\_Robbe](https://de.wikipedia.org/wiki/Reinhold_Robbe)

<sup>58</sup> Wenzel, Christoph. „Robbe will Veteranentag ohne Heldenverklärung“. Welt Online, 14. Juli 2010, Abschn. Politik. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article8455371/Robbe-will-Veteranentag-ohne-Heldenverklaerung.html>.

<sup>59</sup> Getötet oder gefallen?, a. a. O.

<sup>60</sup> Exposé des Forschungsprojekts, a. a. O., S. 22

einer postheroischen Gesellschaft zu positionieren. Das ist schwierig und tut uns teilweise weh.“<sup>61</sup> Dies stammt aus einer Rundfunk-Koproduktion von SWR und DLF aus dem Jahr 2010, die im Archiv des Deutschlandfunks nicht mehr verfügbar ist, obwohl der Wikipedia-Eintrag zur Bundeswehr<sup>62</sup> noch dorthin verlinkt.

Alle militärwissenschaftlichen Bemühungen, auch die sozialwissenschaftlichen, können aber nur ein Ziel haben: „die Erhöhung der Einsatzfähigkeit“ – wie es vom Direktor des Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr formuliert wird.<sup>63</sup>

Tote deutsche Soldaten und das Gedenken an sie sind weiterhin ein höchst virulentes, nahezu unlösbares Problem. Bis jetzt scheint sich hier auch keine Entwicklung zum Besseren abzuzeichnen. Wir haben die Zustandsbeschreibung der Wissenschaftler aus dem Jahre 2007 und 2008 ausführlich dargestellt. Wir haben die Einschätzung der gleichen Wissenschaftler im Jahr 2013, also fünf bis sechs Jahre später, überprüft. Sie scheinen zum gleichen Ergebnis zu kommen.

Jörg Echternkamp und Manfred Hettling befassen sich in ihrem Buch zum „Gefallenengedenken ...“, das im Jahr 2013 erschienen ist<sup>64</sup>, erneut mit der politischen Legitimation des Soldatentodes und kommen zu einer ungeschminkten, ja drastischen Einschätzung:

In der öffentlichen Debatte geht es jedoch um Sinn[...]fragen. Das Tasten der politischen Akteure nach dem adäquaten begrifflichen Ausdruck spiegelt eine eklatante und unübersehbare Kluft zwischen der gewalterfüllten Realität in Afghanistan und der normativ aufgeladenen Distanzierung von Krieg in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Die politischen Repräsentanten haben bisher versucht, den gewaltsamen Tod der Soldaten positiv zu interpretieren, ihn als sinnvoll zu deuten, ohne aber einer Rechtfertigung des Krieges verdächtigt werden zu können. Wie schmal der Grat ist, zeigte der Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler im Mai 2010, der für seine offene Bemerkung, die Auslandseinsätze lägen auch im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands, ungewöhnlich heftig kritisiert worden war.

Im Deutschlandfunk hat Professor Hettling in einem Interview diese *eklatante Kluft* noch einmal verdeutlicht und spricht von einem *Grundkonflikt*:

*Netz [DLF]:* Es hat ja relativ lange gedauert, bis sich hier eine Würdigung der Gefallenen überhaupt durchgesetzt hat. Hat das vielleicht damit zu tun, dass Afghanistan eben lange nur als kurzer humanitärer Einsatz galt, der Geld, aber sicher keine Menschenleben kosten würde?

*Hettling:* Ja, das einerseits, aber ich würde das Problem tiefer, gewissermaßen historisch angehen. Die Bundesrepublik hat sich ja seit 45 in einem durchaus konfliktreichen Prozess entfernt von den tradierten Formen des Gefallenengedenkens und auch von Heldenverehrung und auch Rechtfertigung von Aggressionskriegen. Und wir haben uns in der Bundesrepublik eingerichtet in so einer Haltung einer prinzipiellen Delegitimierung von Krieg, und genau diese Einstellung steht jetzt in Spannung zur Situation seit den 90er-Jahren, wenn das Militär in Auslandseinsätze geschickt wird.

<sup>61</sup> Jochen Rack. „Für Frieden, Recht und Freiheit. Die vergessenen Toten der Bundeswehr, Künstlerisches Wort/Literatur SWR2 Feature Sendung: 10.11.2010, 22.05 – 23.00 Uhr, Redaktion: Wolfram Wessels, Produktion: SWR/DLF 02.11. – 05.11.2010, 17:00 -0:30 Uhr, Baden-Baden Studio 7“, 10. November 2010.

<http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/feature/-/id=6974208/property=download/nid=659934/8k13lg/swr2-feature-20101110.pdf>.

<sup>62</sup> „Bundeswehr“. *Wikipedia*, 17. April 2016. <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bundeswehr>.

<sup>63</sup> Ernst-Christoph Meier. „Militärsoziologische Ressortforschung und die neue Bundeswehr, Vortrag Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Prof. Dr. Ernst-Christoph Meier an der HSU Universität der Bundeswehr in Hamburg“. *bundeswehr.de*, 16. Dezember 2010.

<http://www.streitkraeftebasis.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzIzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY3NmI2YTYxNjQzNTc2NzAyMDIwMjAyMDIw/20110223>.

<sup>64</sup> Manfred Hettling, und Jörg Echternkamp. „Deutschland - Heroisierung und Opferstilisierung. Grundelemente des Gefallenengedenkens von 1813 bis heute, Beitrag in: Manfred Hettling, Jörg Echternkamp: Gefallenengedenken im globalen Vergleich: Nationale Tradition, politische Legitimation und Individualisierung der Erinnerung“. München: Oldenbourg Verlag, 2013.

Und ich glaube, das ist der Grundkonflikt, um den es geht, unbeschadet jetzt von Länge oder Kürze der Einsätze. Und das ist sozusagen das Problem, das eigentlich bei jedem Gefallenen oder ums Leben gekommenen Soldaten, wie immer man das nennen will, immer wieder aufbricht.<sup>65</sup>

Wenn Ulrich und Roos hier mit ihrem Forschungsprojekt zum Soldatentod also dienen wollen, müssen Sie noch etwas zulegen oder sich vielleicht mit ihren Vorarbeiten bei der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden einklinken. Vielleicht müssten sie dafür allerdings ein bisschen die Seiten wechseln oder deutlich zurückgreifen auf ihre Analysen von 2008 und die darin enthaltenen durchaus kritischen Ansätze.<sup>66</sup>

---

<sup>65</sup> „Historiker: Deutschland muss Gedenken an Gefallene wieder lernen. Manfred Hettling plädiert für neue Diskussion über im Ausland getötete Soldaten, Manfred Hettling im Gespräch mit Dina Netz“. Deutschlandfunk, 9. Mai 2013. [http://www.deutschlandfunk.de/historiker-deutschland-muss-gedenken-an-gefallene-wieder.694.de.html?dram:article\\_id=246123](http://www.deutschlandfunk.de/historiker-deutschland-muss-gedenken-an-gefallene-wieder.694.de.html?dram:article_id=246123).

<sup>66</sup> Ich beziehe mich hier vor allem auf Ulrich Roos und die Arbeiten zu seiner Dissertation, Die Arbeiten von Ulrich Franke zur NATO im Rahmen seiner Dissertation habe ich nicht untersucht

# Anhänge

## Offener Brief an die Universitätsleitung

### Offener Brief an die Universitätsleitung

Der Arbeitskreis Zivilklausel hat zusammen mit uns einen Offenen Brief formuliert und mit einer Petition versehen.

Insgesamt 50 Initiativen und 681 Studierende haben den Offenen Brief unterschrieben.

Hier findet ihr die [OnlinePetition](#).

Sehr geehrte Präsidentin Frau Prof. Doering-Manteuffel,

am 16. Dezember wird die Universitätsleitung über die Werte und Ziele unserer Universität diskutieren. Hierbei steht es in Ihrer Verantwortung, über die Selbstverpflichtung der Universität Augsburg zu rein friedlicher und ziviler Forschung zu entscheiden. **In einer Zivil- und Transparenzklausel könnte die Ablehnung von Forschung mit militärischer Nutzung oder Zielsetzung nun auch in der Grundordnung der Universität Augsburg verankert werden.** Bereits an 27 anderen deutschen Hochschulen wurde eine solche Klausel aufgenommen.

**In Anbetracht der zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit, der aktuellen Flüchtlingskrise, sowie der Bedeutung der deutschen (10% weltweit) und insbesondere bayerischen (4% weltweit) Waffenexporte, halten wir die Bestätigung ethischer Positionen der Wissenschaft gerade jetzt für unentbehrlich.**

Wir, die Unterzeichner\*innen dieses Briefes sind überzeugt: Sinn und Zweck der Wissenschaft, in der Forschung wie in der Lehre, ist der Erkenntnisgewinn für die Gesellschaft. **Das in den Universitäten generierte Wissen sollte für alle frei zur Verfügung stehen. Es sollte zu einer friedlichen, auf Grundwerten wie Demokratie, Pluralität, Dialog und gegenseitigem Respekt basierenden Gesellschaft beitragen.**

**Die im Geheimen stattfindende Auftragsforschung für Rüstungsunternehmen ist mit diesen Grundsätzen unvereinbar** und widerspricht dem Wahlspruch unserer Universität „scientia et conscientia“.

Wir appellieren daher an ihr Verantwortungsbewusstsein: Setzen Sie sich für die Einführung einer Zivil- und Transparenzklausel ein und stimmen Sie am 16. Dezember für die Aufnahme des folgenden Passus in die Grundordnung der Universität Augsburg:

- 1. Die Universität Augsburg ist eine Universität, an der Lehre, Forschung und Studium ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen.*
- 2. Unter besonderer Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen nach Drittmittelgeber, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben. Als Drittmittel sind dabei solche anzusehen, wie sie im Abschnitt 1.2 der bayerischen Verwaltungsvorschriften zur Annahme und Verwendung von Mitteln Dritter an Hochschulen benannt sind.*
- 3. Unterzeichner\*Innen:**
  - Initiative friedliche Uni Augsburg (IFUA)

- GRÜNE Hochschulgruppe
- Sozialistisch Demokratischer Studierendenverband (SDS)
- Amnesty International Hochschulgruppe
- International Association of Lawyers against Nuclear Arms (IALANA)
- Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES)
- Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler(BdWi)
- Augsburger Friedensinitiative (AFI)
- [Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft \(GEW\)](#)
- [Ver.di](#)
- Politit WG
- GRÜNE JUGEND
- [Jungsozialisten in der SPD \(JUSOS\)](#)
- [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN](#)
- [Linksjugend \[solid\]](#)
- [DIE LINKE](#)
- NaturwissenschaftlerInnen-Initiative - Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit (NatWiss)
- Arbeitskreis Marburger WissenschaftlerInnen für Friedens -und Abrüstungsforschung
- Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
- [StuRa Phil.-Soz. der Uni Augsburg](#)
- [StuRa Phil.-Hist. der Uni Augsburg](#)
- [Fachschaft Sozialwissenschaften der Uni Augsburg](#)
- [Fachschaft Romanistik der Uni Augsburg](#)
- CONTRA - Aktionsbündnis für freie Bildung
- Offene Käfige e.V.
- UNIVERSUM - Magazin für Hochschulpolitik und andere Sachen.
- Lernfabriken meutern!
- UNIKLUSIV
- Verein zur Förderung der Gegenkultur e.V.
- Die ganze Bäckerei
- Prof. Dr. Gert Sommer, (Direktorium des Center for Conflict Studies der Universität Marburg)

## **Beschluss der Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Augsburg vom 10. März 2015**

Antrag an den 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall

Beschäftigungssicherheit in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland

Antragsteller: Verwaltungsstelle Augsburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1. Die IG Metall setzt sich dafür ein, dass der vom Bundeswirtschaftsministerium geplante Innovationsfonds für Diversifikationsprojekte angemessen erhöht wird und auch Betriebsräte sowie die IG Metall antragsberechtigt werden. Hierzu müssen die Forschungsaufwendungen staatlich verstärkt und der Knowhow-Transfer hin zu zivilen Produkten gefördert werden.

2. Die IG Metall setzt sich dafür ein, den vom Bundeswirtschaftsminister 2014 gestarteten industriepolitischen Dialog zur Entwicklung der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie zu institutionalisieren und hierfür einen Branchenrat einzurichten.

3. Der IG Metall Vorstand unterstützt in Abstimmung mit dem jeweiligen Bezirk Verwaltungsstellen, die Betriebe der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie betreuen, um den Strukturwandel in der Branche zu begleiten.

Derzeit sind rund 200.000 Beschäftigte, davon viele hochqualifiziert, direkt oder indirekt in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie Deutschlands beschäftigt. Nach Industrieangaben erwirtschaften sie einen Umsatz von 16 Mrd. Euro.

Die Bundesregierung nimmt in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie eine zentrale Rolle ein. Sie entscheidet über künftige Technologien, die Ausrüstung der Bundeswehr, die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der gewerblichen Wirtschaft, bündnispolitische Kooperationsprojekte, grenzüberschreitende Unternehmensplanungen und Exporte. Aus dieser zentralen Rolle folgt die Verantwortung der Regierung für die Beschäftigten. Die IG Metall betont: Strukturwandel und politisch induzierte Veränderungen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Notwendig für Unternehmen und Beschäftigte sind Klarheit und Planungssicherheit. Das gilt zuerst für die Ausstattung der Bundeswehr. Es muss Klarheit geschaffen werden, welche Fähigkeiten künftig benötigt, welche Technologien und welche Ausrüstung beschafft werden sollen. Einmal verlorene industrielle Fähigkeiten lassen sich kaum mehr neu aufbauen.

Von staatlicher Seite ist die Grundlagenforschung weiterhin zu unterstützen sowie die Vernetzung der Forschung auszubauen. Staatliche Aufträge müssen einen Teil der Forschungs- und Entwicklungskosten, insbesondere auch für Diversifikations- und Konversionsprojekte, decken. Ziel muss es sein, einem Abbau von Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionskapazitäten entgegenzuwirken, damit dauerhaft technologisches Know-how sowie die Fähigkeit zur eigenständigen Entwicklung nicht verloren gehen. Insbesondere ist die weitere Vernetzung mit dem zivilen Bereich zu fördern, um einen Innovationsabfluss zu gewährleisten.

Die Erschließung ziviler Märkte muss im Rahmen der Diversifikation, also der Verbreiterung der Produktpalette auf Basis der Technologien, die ein Unternehmen mit seinen Beschäftigten beherrscht und innovativ weiterentwickeln kann, weiter vorangetrieben werden. Hier stehen Unternehmen und Regierung in der Verantwortung. Die Entwicklung alternativer Projekte erfordert mittel- und langfristige Strategien, für die verlässliche politische Rahmenbedingungen vereinbart werden müssen. Hier stehen Unternehmen und Regierung in der Verantwortung, um die technologische Kompetenz, das Know-how der Beschäftigten und die industrielle Systemfähigkeit zu sichern und auszubauen. Zudem fordern IG Metall und Betriebsräte einen Diversifikationsfonds, bei dem sowohl Unternehmen als auch Betriebsräte und die IG Metall antragsberechtigt und alle Beteiligten im Fondsbeitrag vertreten sind.

Technologien für die Bundeswehr, Diversifikation und europäische Zusammenarbeit müssen in eine neue, stringente Industriepolitik münden.

Die IG Metall hält eine weltweite Waffenhandelskontrolle für notwendig. Deshalb unterstützt die IG Metall die Kampagne von Amnesty International zum Arms Trade Treaty. Gleichzeitig befürwortet die IG Metall gemeinsam mit allen europäischen Industriegewerkschaften eine deutlich bessere Abstimmung innerhalb der EU. Exportmöglichkeiten dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Hier muss es europaweit ein gleiches Verständnis und klare gemeinsame Exportregeln geben.

Die IG Metall erneuert ihren bereits 2012 eingebrachten Vorschlag eines institutionalisierten, industriepolitischen Dialogs von Regierung, Unternehmen, Wissenschaft, Gewerkschaft und Betriebsräten, um zukunftsorientiert die äußerst komplexen Themen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu bearbeiten.

Diese notwendigen Aktivitäten und politischen Initiativen der IG Metall müssen koordiniert und abgestimmt werden. Dies kann weder durch die Betriebsräte noch die Verwaltungsstellen oder Bezirksleitungen geschehen. Der Vorstand der IG Metall Vorstand unterstützt daher in Abstimmung mit dem jeweiligen Bezirk Verwaltungsstellen, die Betriebe der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie betreuen, um den Strukturwandel in der Branche zu begleiten.

## **Aus dem Debattenpapier des IG Metall-Bundesvorstands zum Gewerkschaftstag 2015**

... In der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie darf der strukturelle Wandel nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Sie haben ein Recht auf Planungssicherheit. Hierbei kommt der Politik eine zentrale Rolle zu. Sie ist verantwortlich für verlässliche Rahmenbedingungen, bei der Europäisierung und bei der Entwicklung alternativer Projekte, um zivile Märkte zu erschließen. Notwendig ist ein industriepolitischer Dialog von Regierung, Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräten. ...

8. Was können wir dafür tun, dass die Regierung ihrer Verantwortung nachkommt, zivile Märkte für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie zu eröffnen und die Entscheidungsfindung über künftig gewünschte industrielle Fähigkeiten in Deutschland und Europa voranzubringen? ...

### *Für eine aktive Friedenspolitik*

Die IG Metall blickt mit Sorge auf die zunehmende Zahl von Kriegen, Gewaltkonflikten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Welt. Sie bringen nicht nur unendliches Leid über die betroffenen Menschen, sondern führen auch in nicht davon betroffenen Ländern und Regionen zu erheblicher Verunsicherung. Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands muss sich im Bewusstsein der historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen. Daher lehnen wir jegliche politische Handlungen und Entscheidungen, die Konflikte und Kriege befördern, sowie die Verfolgung von geopolitischen Interessen unter dem Vorwand der humanitären Hilfe ab und setzen uns für konfliktlösende Aktivitäten ein. Wir fordern deshalb auch eine transparente und restriktive Handhabung von Waffenexporten.

Jeder Konflikt kann aus unterschiedlichen Perspektiven bewertet werden. Als Einheitsgewerkschaft organisiert die IG Metall Menschen, die sich in ihren politischen Präferenzen und Perspektiven unterscheiden. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind. Gerade die katastrophalen Zustände in den verschiedenen Teilen der Welt belegen erneut, dass militärische Interventionen nur allzu oft eine Eskalationsspirale in Gang setzen und keinen Beitrag zu einer zivilen Konfliktlösung leisten. Die Entscheidung, militärisch einzugreifen, kann nur als Ultima-Ratio-Prinzip durch den UN-Sicherheitsrat getroffen werden. Nur er ist dazu legitimiert, über Interventionen zu entscheiden.

„Debattenpapier zum Gewerkschaftstag 2015“. IG Metall Gewerkschaftstag 2015, 2015. <http://igm-gewerkschaftstag-2015.de/debattenpapier-zum-gewerkschaftstag-2015/>. Auszug Seite 8–9